

JULE GOVRIN UND ALEXANDER KERN

JOSEPH VOGLS »KAPITAL UND RESENTIMENT«

Anschlussmöglichkeiten für kritische Theorien der Gegenwart?

IFS

IFS WORKING PAPER #18 | DEZEMBER 2022

herausgegeben vom Institut für Sozialforschung
Frankfurt am Main

www.ifs.uni-frankfurt.de

ISSN 2197-7070

IFS WORKING PAPERS

In den IfS Working Papers erscheinen Aufsätze, Vorträge, Diskussionspapiere, Forschungsberichte und andere Beiträge aus dem Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Redaktion: Kai Dröge | Saskia Gränitz | Alexander Kern |
Hermann Kocyba | Felix Roßmeißl | Anna Steenblock | Stephan Voswinkel

Copyright: Das Copyright sowie die inhaltliche Verantwortung
liegen bei den Autor:innen.

ISSN: 2197–7070

Zitiervorschlag: Kern, Alexander 2022: Exit-Kapital und Kontrollmacht. Vogls »Kapital und Ressentiment« als Theorie einer neuen handelskapitalistischen Totalität?, in: Jule Govrin und Alexander Kern: Joseph Vogls »Kapital und Ressentiment«. Anschlussmöglichkeiten für kritische Theorien der Gegenwart. IfS Working Paper Nr. 18, Frankfurt a. M.: Institut für Sozialforschung, 4–20. [URL].

Govrin, Jule 2022: Die Gesellschaft war immer schon gespalten. Für eine kritische Analyse differentieller Ausbeutung, in: Jule Govrin und Alexander Kern: Joseph Vogls »Kapital und Ressentiment«. Anschlussmöglichkeiten für kritische Theorien der Gegenwart. IfS Working Paper Nr. 18, Frankfurt a. M.: Institut für Sozialforschung, 21–33. [URL].

Bezug: Alle Beiträge der IfS Working Papers sind kostenfrei online verfügbar unter: www.ifs.uni-frankfurt.de/veroeffentlichungen/working-papers

IfS Institut für Sozialforschung
an der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Jule Govrin und Alexander Kern

Joseph Vogls »Kapital und Ressentiment«

Anschlussmöglichkeiten für kritische Theorien der Gegenwart?

IfS Working Paper #18

Autor:innen

Dr. Jule Govrin

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialforschung, Frankfurt a. M.

Alexander Kern

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung, Frankfurt a. M.

Inhalt

1	Vorbemerkung	3
2	Exit-Kapital und Kontrollmacht. Vogls »Kapital und Ressentiment« als Theorie einer neuen handelskapitalistischen Totalität? <i>Alexander Kern</i>	4
2.1	Gesellschaftliche Totalität als Forschungsgegenstand?	4
2.2	Ausgangspunkt: Akkumulationskrise des produktiven Kapitals.....	6
2.3	Information und die neue Rolle der öffentlichen Meinung	8
2.4	Unendliches Wachstum, Enteignung und Regieren im Modus der Ausnahme – politische Effekte des Risikokapitals.....	11
2.5	Militär, Polizei und Migrationsabwehr: <i>Solutions</i> und die staatliche Gewalt als Kontrollmacht.....	14
2.6	Ressentiment.....	16
2.7	Fazit und Ausblick.....	17
2.8	Literatur	18
3	Die Gesellschaft war immer schon gespalten. Für eine kritische Analyse differentieller Ausbeutung <i>Jule Govrin</i>	21
3.1	Affektökonomien des Ressentiments und Wahrheitsspiele des Kapitals.....	23
3.2	Sozialkritik einer ungespaltenen Gesellschaft?	25
3.3	Differenzielle Ausbeutung anstelle eines undifferenzierten ökonomischen Subjekts	29
3.4	Literatur	31

1 Vorbemerkung

Joseph Vogls *Kapital und Ressentiment* liefert eine zwar *kurze*, aber doch ambitionierte *Theorie der Gegenwart*. Im Zentrum der Theorie steht die Genese eines neuen Informationskapitalismus. Dieser sei im Begriff, die soziale und politische Sphäre mit seiner »Episteme der Finanzökonomie« (Vogl 2021: 34) zu kolonisieren und neue Formen von »Kontrollmacht« (ebd.: 86) sowie eine spezifisch finanzkapitalistische Form des Ressentiments hervorzubringen. Die Analysen von Entwicklungen an den Kapitalmärkten, neuer plattformkapitalistischer Geschäftsmodelle, autoritärer Regierungspraxen, spezifischer financialistischer Wahrheitsproduktionen und schließlich gegenwärtiger Spielarten des Ressentiments verbinden sich zu einer düsteren Gegenwartsdiagnose; einem – mit Max Horkheimer gesprochen – Existenzialurteil, demzufolge Herrschaft heute von »privat-öffentliche[n] Allianzen im Zeichen finanzökonomischer Governance [...] am Leitfaden der Informationsindustrie« ausgeübt und »um die Produktion autoritärer Sozialstrukturen ergänzt« (ebd.: 182) wird.

Eine solch große Erzählung fordert die gegenwärtige kritische Theoriebildung heraus, beansprucht sie doch, Zusammenhänge zwischen den genannten Wirklichkeitsdimensionen herstellen zu können, die bislang nur wenig beleuchtet sind. Doch wie verhält sich Vogls deleuzianischer Zugang (vgl. ebd.: 86 ff.) zu anderen gegenwärtigen Ansätzen kritischer, marxistischer, feministischer und antirassistischer Theorie? Verdeckt oder erhellt Vogls Entwurf die Herrschaftspraxen der Gegenwart?

In diesem *Working Paper* diskutieren Jule Govrin und Alexander Kern die Konsequenzen, die Reichweite und die Limitierungen des Vogl'schen Vorschlags. Kern rekonstruiert Vogls Theorie angelehnt an Karl Marx und Theodor W. Adorno als eine an der Restitution eines Begriffs gesellschaftlicher Totalität arbeitende Theorie. Er bringt sie mit anderen Gegenwartsdiagnosen ins Gespräch und kommt zu dem Schluss, dass Vogl zwar ›Leitplanken und Stichworte‹ für die Theorie einer neuen Form von Handelskapital bereitstellt, jedoch nicht systematisch benennt, wie sich Vogls ›Totalität des neuen Handelskapitals‹ zur ›Totalität des Industriekapitals‹ verhält. Govrin liest Vogls Theorie kritisch, da dessen Sozialanalyse übersehe, dass es keine ungespaltene Gesellschaft gibt: kapitalistische Gesellschaftsverhältnisse konstituieren sich stets entlang von Spaltungslinien. Ferner verdecke Vogls Ausgangspunkt eines einheitlichen ökonomischen Subjekts die Arbeitsteilungen, auf denen kapitalistisches Wirtschaften beruht. Ausgehend von der feministischen Ökonomiekritik entwickelt Govrin den Begriff ›differentieller Ausbeutung‹, der die ökonomische Überausbeutung rassifizierter und vergeschlechtlichter Subjekte fasst, die Vogls Herangehensweise unsichtbar mache.

Vogl, Joseph 2021: *Kapital und Ressentiment. Eine kurze Theorie der Gegenwart*. München: C.H.Beck.

2 Exit-Kapital und Kontrollmacht.

Vogls »Kapital und Ressentiment« als Theorie einer neuen handelskapitalistischen Totalität?

Alexander Kern

2.1 Gesellschaftliche Totalität als Forschungsgegenstand?

Mit Kapital und Ressentiment benennt Joseph Vogl bereits im Titel seiner *kurzen Theorie der Gegenwart* zwei Kernthemen jener Denkströmung, die heute ältere kritische Theorie genannt wird.¹ Theodor W. Adornos und Max Horkheimers Analysen zielten auf die Vermittlung von Ökonomie und kultureller Sphäre und insbesondere auf die Dominanz jener über diese. Noch in der mikrologischen Analyse des Einzelfalls sollte – so die Schlagrichtung der Frankfurter – das Verhängnis des Kapitalverhältnisses sichtbar werden. Kritik der politischen Ökonomie, von Adorno hegelmарxistisch als Wissenschaft vom Allgemeinen verstanden, und Psychoanalyse als Lehre von der Vermittlung von Trieben und gesellschaftlichen Einflüssen sind in dieser Perspektive ebenso ineinander verschränkt wie ihre Gegenstände: Gesellschaft und Subjekt. Bei Vogl wird das Ressentiment als Teil der sozialen Sphäre zwar eher als Diskursformation und Handlungs- bzw. Deutungslogik begriffen, doch konzipiert auch er das Soziale als abhängig von ökonomischen Formationen und als von der Kapitallogik durchdrungen.

Das Einzelne erscheint bei Adorno und Horkheimer vor allem als Moment des Allgemeinen, wobei ihre Perspektive anders als – etwas schematisch gesprochen – bei Hegel eine kritische war. Das Allgemeine stützt das Besondere zurecht, um es einzugliedern, und erzeugt so eine »erzwungene Einheit« (Adorno 2003: 620). Der hierfür verwendete Begriff ist *Totalität*. Demnach finden sich Spuren des Kapitalprozesses noch in den kleinsten Gesten, in Horoskopen, Kinofilmen und Tonfolgen, deren Eigenlogik ins Korsett der Warenform gezwungen wird.

Mit Nancy Fraser (2020: 18) könnte die Geschichte der kritischen Theorie so weiter erzählt werden, dass Habermas' *Theorie des kommunikativen Handelns* sich zwar kritisch an dieser Totalitätsvorstellung abarbeitet, dabei jedoch am Ziel eines umfassenden Totalitätsbegriffs festhält. Adornos und Horkheimers theoretische Anlage sei demnach so geschlossen, dass diese keinen Ort mehr zulasse, von dem aus die Kritik der Totalität überhaupt vorgebracht werden könnte (ausführlich in Habermas 1981: 505 ff.). Mit der Entwicklung des Begriffspaares des Systems und der kommunikativen Vernunft

¹ Der Verfasser dankt Viola Grossbach und André Möller für die gemeinsame Diskussion der Voglschen Thesen. Von den Hinweisen der *IfS Working Paper*-Redakteur:innen Saskia Gränitz, Anna Steenblock und Felix Roßmeißl sowie Jule Govrin hat der vorliegende Text ebenfalls sehr profitiert. Für das hervorragende Lektorat dankt der Verfasser Saskia Gränitz und Luise Henckel.

Wo im Text von konkreten Personengruppen die Rede ist, wird nicht-binär gegendert. Ansonsten wird kontingent zwischen Maskulinum und Femininum alterniert.

präsentiert Habermas hierfür jedoch eine Lösung, die noch immer auf die Totalität der Gesellschaft insgesamt zielt.

In der Nachfolge Habermas' wurde die Bemühung um einen Begriff gesellschaftlicher Totalität jedoch immer seltener (Fraser 2020: 19). Freilich mit guten Gründen: Insbesondere die empirische Soziologie fasst Wirklichkeitsbereiche ins Auge, deren Eigenlogiken sich keinesfalls auf ökonomische Entstellungen reduzieren lassen. Folgerichtig scheinen Totalitätskonzeptionen, zumal mit der Ökonomie im Zentrum, eher eine Negativfolie neuerer kritischer Entwürfe zu bilden.

In jüngster Zeit scheint sich jedoch wieder ein Bedürfnis zu regen, die vieldimensionalen Krisen der Gegenwart auf ihren systematischen Zusammenhang hin zu befragen. Der sich als alternativlos präsentierende Kapitalismus rückt dabei wieder in den Fokus des Interesses. Vogls Theorie kann als Ausdruck dieser Tendenz gelesen werden, die den Kapitalismus als sphärenübergreifende Gesellschaftsformation wieder in den Blick bekommen möchte und dafür auch an einer Rehabilitation des Begriffs gesellschaftlicher Totalität arbeitet. Mit eben dieser Intention schlägt Fraser (2019: 78) selbst einen solchen Begriff von »sozialer Totalität« vor. Erstarkender Autoritarismus in- und außerhalb westlicher Demokratien, die systematische Schwächung der Gewerkschaften und der politischen Linken, die Klimakrise, die steigende Zahl Geflüchteter und Vertriebener weltweit und – wie Fraser (2022) in ihren bislang unveröffentlichten Benjamin Lectures hinzufügt – Pandemie und Krieg seien »nichtzufällige Entfaltungen von Widersprüchen« (ebd.: 96) der aktuellen Phase des Finanzkapitalismus und damit nur als Totalität treffend zu beschreiben.

Erstaunlicherweise ohne Fraser namentlich zu nennen, verfolgt Vogls *Kapital und Ressentiment* dasselbe Projekt der Restitution einer gesellschaftlichen Totalität als Objekt der Analyse. Disparate Phänomenkomplexe wie neue Regierungstechniken, mediale Diskursformationen oder eine veränderte Polizei- und Geheimdienstarbeit werden als Momente des Finanz-, Plattform- oder Exit-Kapitalismus erklärt – Spielarten des Kapitalismus, die ihrerseits aus einer Krise des produktiven Kapitals resultieren. Die von Rahel Jaeggi in Erinnerung gerufene »Furcht vor dem Ökonomismus« (2020: 22), der kritischen Theorie seit jeher eigen, ist Vogls Entwurf also völlig fremd.

Wenngleich Fraser und Vogl beide eine gesellschaftliche Totalität wieder zum Gegenstand der kritischen Theorie zu machen versuchen, sind ihre Zugänge doch verschieden. Die Anlagen der jeweiligen Projekte haben nämlich in einer Hinsicht eine entgegengesetzte Schlagseite: Während Fraser versucht, auch den »nicht-ökonomischen Hintergrund« (Fraser 2020: 49 ff.) des Kapitalismus in den Blick zu nehmen – also die Subjektivierungsprozesse, die Care-Arrangements und die in Imperialismus und Neokolonialismus perpetuierte ursprüngliche Akkumulation –, scheint Vogl eher den ökonomischen Hintergrund des Sozialen, die ökonomische Logik hinter der ressentimentalen Vernunft, zu fokussieren. Beide arbeiten also am Begriff gesellschaftlicher Totalität und räumen der Ökonomie eine Schlüsselrolle ein. Dabei sehen auch beide, dass die Formation sozialer Sphären mit dem Kapital in Wechselwirkung steht. Doch während Fraser sich auf die Sphären konzentriert, in denen der Kapitalismus seine

Maske des Äquivalententauschs und der Marktvermittlung fallen- und Raub und Gewalt walten lässt, richtet Vogl den Blick auf eben jene »vordergründige« (Fraser 2020: 50) Logik des Kapitals (auf Äquivalententausch, Kauf und Verkauf) und ihre Kolonisierung der sozialen und politischen Sphären.

Die Argumentation von *Kapital und Ressentiment* geht von der Analyse der Kapitalmärkte aus und arbeitet sich über die von dort exportierten neuen Wissensformen, Machtressourcen und Interessenlagen an beobachtbare Regierungspraktiken, Diskursformationen und ihre »Sozialeffekte« (Vogl 2021: 7) heran.

2.2 Ausgangspunkt: Akkumulationskrise des produktiven Kapitals

Vogl (2021: 32 f.) konzediert das Scheitern der europäischen Geldpolitik seit 2008. Das billige Geld der Zentralbanken sorgte nicht für einen entsprechenden Wachstumsschub der Realwirtschaft. Das liegt laut Vogl und auch etwa Philipp Staab (2018: 217) schlicht am globalen Fehlen »aussichtsreiche[r] Anlagemöglichkeiten« im produktiven Sektor. In marxistischer Terminologie heißt das, dass von den Zentralbanken auf den Markt geschwemmtes Geld nicht als produktives Kapital (Marx 1963: 40 ff.) eingesetzt wird, um – ganz klassisch – Arbeitskraft auszubeuten und Mehrwert abzuschöpfen.² Stattdessen floss Kapital als Risikokapital in Finanzprodukte, Start-ups mit unklarer Langzeitperspektive und auf den Immobilienmarkt. Um dieses Risikokapital in seiner Funktionsweise besser zu verstehen, schlage ich vor, es analytisch damit engzuführen, was Marx Handelskapital oder Kaufmannskapital nennt. Im Gegensatz zum produktiven Kapital beruhen die Gewinne dieses Kapitals nämlich nicht auf der Ausbeutung der Arbeitskraft, sondern auf »Übervorteilung« (Marx 1962: 178). Handelskapital ist »ein nur innerhalb der Zirkulationssphäre fungierendes Kapital« (Marx 1963: 195), wo es in etwas investiert wird, von dem man sich erhoffen darf, es später oder an einen anderen Käufer zu einem höheren Preis zu verkaufen.

Die handelskapitalistischen Gewinne sind, wie Vogl es über die von ihm analysierten Geschäftsmodelle schreibt, extraktiv. Das Kapital nimmt als Handelskapital nicht den Weg über die Produktionssphäre, beutet nicht mittelbar Arbeitskraft aus (wie etwa das zinstragende Kapital), sondern kauft sich – in der Zirkulationssphäre verbleibend – in ein Unternehmen oder eine Immobilie ein, um zu einem höheren Preis wieder zu verkaufen. Der Mehrwert, den das Handels- oder Kaufmannskapital sich dabei aneignet, muss also andernorts generiert worden sein. Im dritten Band des *Kapital* erklärt Marx (1975: 404), der Unterschied zwischen dem Kaufmannskapital und dem zinstragenden Kapital bestehe darin, dass im Kaufmannskapital das »gesellschaftliche Verhältnis« (ebd.) noch sichtbar ist, das es konstituiert. Schließlich wird Geld in eine Ware (diese Ware kann auch ein Berechtigungsschein auf Kapital, eine Aktie oder fiktives Kapital sein, vgl. etwa Marx 1975: 484) investiert, die zu einem späteren Zeitpunkt wieder

² Das Produzieren von *Mehrwert* (das heißt: Ausbeutung) steht im Zentrum der Charakterisierung dessen, was Marx (1962: 531) »produktive Arbeit« nennt. Kapital wiederum ist nur da produktiv, wo es Arbeitskraft ausbeutet. Die Produktion von Gebrauchswerten kann im Kapitalismus unter Umständen unproduktiv sein, was Marx zu entsprechender Polemik veranlasst.

verkauft werden muss. Das sind zwei gesellschaftlich vermittelte Prozesse: Kauf und Verkauf. Das zinstragende Kapital hingegen produziert die Illusion, aus sich selbst heraus produktiv zu sein und sich aus eigener Kraft zu vermehren. Diesen Schein nennt Marx Kapitalfetisch. Tatsächlich muss jedoch auch das zinstragende Kapital, einmal verliehen, den Umweg über die Produktionssphäre nehmen, Arbeitskraft ausbeuten und Mehrwert abschöpfen. Das Risikokapital, sofern es Kaufmannskapital ist, nimmt diesen Umweg nicht und ist darauf angewiesen, dass ein anderer Finanzmarktakteur es zu einem späteren Zeitpunkt teurer kauft. Darin besteht das Risiko. Da beim Übervorteilen nicht alle nur auf der Gewinnerseite stehen können, birgt jeder Kauf die Gefahr, diesmal die Dumme zu sein – zumindest wenn man nicht mächtig genug ist, um seine Risiken an Staaten und Bevölkerungen zu delegieren (siehe unten).

Die so eingestrichenen Gewinne nennt Vogl mit Stefan Kühl (2003) Exit-Gewinne. Das Kapital steigt ein und verlässt (exit) das Investment wieder, sobald ein höherer Preis erzielt werden kann. Diese Exits werden bisweilen bereits bei der Firmengründung, spätestens aber im Moment des Kaufs geplant (Staab 2018: 213). Vogl zeigt im ersten Kapitel seiner Theorie, dass das Volumen dieser Investitionen das der Investitionen im industriellen Sektor um ein Vielfaches übersteigt – auch weil Industrieunternehmen selbst große Teile ihres Kapitals als Handelskapital einsetzen.

Angesichts dieser Entwicklung beschreiben Kühl (2003) und Staab (2018) die gegenwärtige Phase des Kapitalismus generell als Exit-Kapitalismus, der die postfordistische Ära abgelöst habe. Diese Diagnose geht mit der Beobachtung einher, dass die Kapitalfraktionen, die das Geschäft mit Exits besonders gut beherrschen, gegenüber den produktiven Kapitalfraktionen an gesellschaftlicher Gestaltungsmacht zu gewinnen scheinen.

Geschäften mit Start-ups kommt im Exit-Kapitalismus, wie Vogl am Beispiel von Priceline oder Uber prominent diskutiert (Vogl 2021: 62 ff.), eine besondere Bedeutung zu. Der Marktwert erfolgversprechender Start-ups entwickelt sich nämlich deutlich schneller als ihr Buchwert. Das heißt, dass die Preise für Start-up-Anteile schneller steigen als das angesichts ihrer realen und realistisch erwartbaren Gewinne angemessen wäre. Exit-Gewinne greifen einen Teil genau dieser Preissteigerung ab, ohne dass die Spekulationsobjekte jemals tatsächlich einen Gewinn hätten erwirtschaften müssen. Gegenüber postfordistischen Konstellationen verlieren Dividenden und der Shareholder-Value so tendenziell an Bedeutung (Nachtwey und Staab 2020: 268). Stattdessen wandert, da dasselbe Produkt (etwa der Anteil eines Start-ups) zu steigenden Preisen den Besitzer wechselt, Geld (Kapital/Reichtum) von einer Tasche in eine andere. Der Begriff des *Handelskapitals* zeigt es an: Die Exit-Gewinne verteilen bestehenden Reichtum lediglich um, die auf Exit ausgelegte Investitionsstrategie ist unproduktiv.³

³ Dabei ist nicht ausgeschlossen, dass ein großes Investorenkapital, das sich in eine Firma einkauft, dort Innovationen Vorschub leistet, die auch nach dem erfolgreichen Exit-Verkauf tatsächlich Produktivität und Erträge steigern. Das ist für den Erfolg der Exit-Operation jedoch nicht entscheidend und auch für das Kalkül der auf Exit-Gewinne zielenden Investoren ist die Produktivitätsillusion (und damit der steigende Kurs) wichtiger als tatsächliche Produktivitätsgewinne. Staab (2018: 226) zitiert vielsagend einen Gründer, der selbst an Exit-Operationen beteiligt war: »Man bekommt das häufig mit bei Exits, wo

Es handelt sich bei der gigantischen Kapitalflucht ins Spekulative also in zweifacher Hinsicht um ein Krisenphänomen. Einerseits entstünde es überhaupt nicht, wenn die Zentralbanken nicht die Notwendigkeit gesehen hätten, der sinkenden Profitrate in der Realwirtschaft mit billigem Geld entgegenzusteuern: Der Exit-Kapitalismus reagiert auf eine Krise des industriellen und produktiven Sektors. Andererseits sind extraktive Spekulationsgeschäfte per definitionem Blasen, weil sie darauf angewiesen sind, dass die Preise der Unternehmensanteile immer weiter steigen – bis die Blase mangels Rückkopplung an die realen Werte und Gewinnaussichten platzt. Staab (2018: 212) argumentiert sogar, dass die gegenwärtige Blase der, Anfang der 2000er spektakulär zusammengebrochenen, Dotcom-Blase ähnele und dass seit der großen Krise 2008 der Anteil von spekulativen Geschäften am insgesamt eingesetzten Kapital eher zu- als abgenommen habe (ebd.: 217). Wir haben es also mit einer Krise des Industrie- oder allgemeiner des produktiven Kapitals zu tun, die dazu führt, dass Kapital als Handelskapital eingesetzt wird und so die Krise in den spekulativen Sektor verschiebt.

Die von Vogl prominent behandelten neuen Regierungstechniken, die Macht der Tech-Plattformen und die neue Rolle der öffentlichen Meinung lassen sich als Strategien und Mechanismen verstehen, das Platzen der Spekulationsblase zu verhindern oder zumindest zu vertagen. Die Kapitalakkumulation der einen Investoren auf Kosten anderer Investoren und auch der Nicht-Investoren ohne entsprechendes reales Wirtschaftswachstum soll kultiviert, das Geschäftsmodell der Exit-Gewinne verstetigt und die unabwendbare Krise in eine ferne Zukunft verschoben werden. Zumindest ist dies das Interesse der »zwanzig bis dreißig Großunternehmen« (Vogl 2021: 32), die den internationalen Finanzmarkt dominieren.

2.3 Information und die neue Rolle der öffentlichen Meinung

Spekulationen auf Exit-Gewinne sind Wetten auf Zukunftserwartungen. In postfordistischer Logik, das heißt in der Logik des produktiven Kapitals, investiert ein Einkauf in ein Unternehmen, von dem Gewinne – und also Dividenden – zu erwarten sind. Das auf Exit-Gewinne zielende Handelskapital kauft sich jedoch ein, um gewinnbringend zu verkaufen, noch bevor die erste Dividende überhaupt ausgezahlt sein muss. Die Preissteigerung hängt dabei nicht primär von tatsächlichen Gewinnaussichten der Unternehmen ab, vielmehr jedoch von den Kursentwicklungen und also vom Kaufverhalten der Anlegerinnen. Das Kaufverhalten jedoch orientiert sich an den *Meinungen* der Anlegerinnen über die zukünftige Preis- oder Kursentwicklung und damit wiederum

sich dann später herausstellt, das war dann doch alles nicht so, wie man sich das vorgestellt hat. Oder die Technologie war nicht so stark. Also bis der Kunde merkt, dass die Technologie irgendwie Schwachsinn ist, kannst du den erstmal noch ein bisschen besänftigen [...]. Die versuchen einen geilen Exit und dann: nach mir die Sintflut«. Ähnliches gilt für Immobilien: Wo die Vermietung und Verpachtung Geld einbringt, handelt es sich um Renten im Marx'schen Sinne. Allerdings ist für eine gelungene Exit-Operation mit einer Immobilie unerheblich, ob überhaupt Mieten gezahlt wurden. In Wirklichkeit lassen sich vermutlich etliche Mischformen beobachten, für die dann gilt: *sofern* Mieteinkünfte zu verzeichnen sind, handelt es sich um Renten, *sofern* teurer verkauft als gekauft wird, handelt es sich um Exit-Gewinne. Renten und Exit-Gewinne verteilen die Mehrwertmasse dabei lediglich um, die anderswo durch Ausbeutung der ihre Arbeitskraft verkaufenden Arbeiter:innen erzeugt wird.

an den Meinungen über die Meinungen der anderen Anlegerinnen. Es geht um »Meinungen über Meinungen« (Vogl 2021: 51) und damit nicht zuletzt um das, was man gesellschaftliches Klima oder »die herrschende Strömung von Meinungen« (ebd.) nennen kann.

Positive Geschäftszahlen eines Konzerns sind nur ein Faktor neben vielen anderen, die als Kaufanreize fungieren können (und damit die Kurse nach oben treiben). Als Kaufanreize für die *anderen* Anleger, versteht sich. Der eigene Kaufanreiz besteht darin, dass die Kurve aller Voraussicht nach steigen wird, weil eben ›die anderen‹ auf den Kaufanreiz (die News, die veröffentlichten Geschäftszahlen und dergleichen) reagieren. Da alle Akteurinnen am Finanzmarkt so kalkulieren (und also jeder zu ›den anderen‹ gehört), ist es nicht nötig, dass auch nur einer der Käufer ›wirklich glaubt‹, was die positiven Nachrichten besagen. Ob die News der Wahrheit entsprechen, ist unerheblich, sie sind trotzdem ein Kaufanreiz; wenn die Stunde der Wahrheit schlägt und sich zeigen muss, ob ein erfolgreiches Start-up irgendwann schwarze Zahlen schreibt, ist das Investment längst wieder verlassen. In der Zwischenzeit sind die CEOs bemüht, keine negativen Gerüchte über die Unternehmen entstehen zu lassen, denn wie auch einschlägige Newsportale nicht müde werden zu betonen: »Rumours like these can be self-fulfilling« (Button 2022) – genau dann nämlich, wenn ›die Anleger‹ zu glauben beginnen, dass ›die Anleger‹ das Investment wieder verlassen werden und dann selber zu verkaufen beginnen.

Trading-Milliardär Warren Buffet unterliegt also einem Selbstmissverständnis, wenn er erklärt: »I don't think we've ever made a decision where either one of us has either said or been thinking: ›We should buy or sell based on what the market is going to do [...] Or, for that matter, what the economy is going to do‹.« (Buffet zitiert nach Dua 2022) Buffet erklärt, er habe Entscheidungen lediglich basierend auf einer Analyse der Geschäftszahlen von Unternehmen getroffen. Dies bedeutet jedoch nichts anderes, als dass auch mittel- und langfristig Kursgewinne zu erwarten sind. Schließlich ist das – trivialerweise – die einzige Sprache, die das Handelskapital versteht: Kurse und Preisentwicklungen. Eine gute Analyse des Zustands eines Unternehmens (wie Buffet sie offenbar hatte) sagt die News von morgen schon heute voraus, prognostiziert damit den Kursverlauf und eben doch »what the market is going to do«. Die »Episteme der Finanzökonomie« (Vogl 2021: 34 ff.) verwandelt Geschäftszahlen in Marktprognosen und auch alle anderen Arten von Nachrichten in »Informationen« (ebd.: 39) über zukünftige Marktentwicklungen.

Die Nachrichtenlage oder, wenn man so will, das gesellschaftliche Klima wird folglich zum Betätigungsfeld der finanzkapitalistischen Akteure. Die Börsenerfolge von Tesla oder des chinesischen Konkurrenten NIO wären ohne die gesellschaftlich geteilte ›Gewissheit‹, dass in absehbarer Zukunft Elektroautos den Individualverkehr dominieren werden, undenkbar. Es ist also im Interesse des Risikokapitals, die Meinungsfrage in der Bevölkerung zu registrieren, das heißt Informationen zu erhalten, und gleichzeitig auf das gesellschaftliche Klima gezielt einzuwirken. Großangelegte Kampagnen zum Thema *Metaverse* und KI – oft verbreitet über Facebook-Werbeinblendungen –

können als Versuche interpretiert werden, genau solche ›Gewissheiten‹ darüber, wo die Investitionschancen der Zukunft liegen, zu produzieren.

Den sozialen Medien, insbesondere den großen Plattformen wie Twitter und Facebook, kommt hier ebenso wie anderen kostenlosen, aber »datengenerierenden Applikationen« (Vogl 2021: 87) eine zentrale Stellung zu. Die freiwillig – das heißt spätestens mit dem Akzeptieren der Nutzungsbedingungen – preisgegebenen Daten werden mittels »Tracking, Tracing, Targeting, Ranking, Scoring, Mapping, Profiling« (Vogl 2021: 88) systematisiert und zu Informationen über Kaufverhalten, Bewegungsprofile und Einstellung der Nutzer:innen »auf Bevölkerungsmaßstab« (Vormbusch 2012: 219) verarbeitet (vgl. auch Rimbert 2021). Gleichzeitig sind Plattformen und Medienunternehmen – die bisweilen auch selbst große Handelskapitalien sind⁴ – jedoch auch Agenturen der *Meinungsbildung* und der Erzeugung des öffentlichen Klimas.

Der Kampf um Rendite ist beim Finanzkapital also noch enger mit Medienmacht verbunden, als dies bei klassischer Werbung und Marketing der Fall ist. Vor allem da es beim Prognostizieren von Kursen nicht um die *tatsächliche* Meinung der Mehrheit der Bevölkerungen geht, sondern um prominent präsente Mehrheitsillusionen in den Arenen öffentlicher Auseinandersetzung; und letztere stellen die genannten Plattformen dar. Diese simulieren, indem sie theoretisch jedem und jeder die Möglichkeit geben, ungefiltert von der eigenen Meinungsfreiheit Gebrauch zu machen, eine demokratische Unmittelbarkeit ohne zwischengeschaltete Institutionen: Vogl spricht darum von »digitalem Protestantismus« (Vogl 2021: 126). Auf Twitter schreibt nicht eine Zeitungsredakteurin einen Leitartikel für die Leserklientel der Zeitung, sondern jede User:in unmittelbar für sich und ihre Follower:innen. Freilich ist diese Unmittelbarkeit nur pseudodemokratisch. Mithilfe eigener Newsfeeds, verstärkender Algorithmen und der »Hierarchisierung und Filterung von Datenmengen« (Vogl 2021: 127) strukturieren nämlich die *big player* der digitalen Plattformökonomie diese Öffentlichkeit, sodass die User:innen sich in ihren *bubbles* permanent daran erinnern, welche News gerade die relevanten sind und welche Ereignisse und Äußerungen gerade gesteigerte Aufmerksamkeit verdienen. Vogl erinnert daran, dass die Plattformen als privatwirtschaftliche Akteure auch problemlos Accounts, deren Schlagrichtung ihnen missfällt, sperren können, etwa wenn »präsidiale Accounts« (Vogl 2021: 125) sich nicht hinreichend präsidial verhalten – worüber Twitter die Deutungshoheit beanspruchen kann. Twitter ist somit keineswegs ein neutraler Meinungsmarkt, sondern ein Privatmarkt, der den Regeln des Unternehmens folgt. Ressentiments in den sozialen Netzwerken – zunächst grob als Diskursformation verstanden, in der sich Gruppen selbst aufwerten, indem sie andere abwerten (vgl. ebd.: 161) – sind in dieser, auf die gesellschaftliche Totalität zielenden Perspektive nicht primär aus sich heraus erklärbar, sondern als Momente einer neuen kapitalistischen Gesamtkonstellation (siehe unten).

Vogls Theorie zeigt uns den systematischen Zusammenhang zwischen der Kalkulation der öffentlichen Meinung und der ökonomischen Finanzialisierung oder zumindest der

⁴ Laut Staab (2018: 223) gehören in Deutschland Springer, ProSieben/Sat.1 und RTL zu den dominierenden Kräften im Exit-Bereich.

Kolonisierung der sozialen Sphäre durch die Interessen des Kapitals. In dieser Darstellung sind die Tech-Plattformen also nicht nur selbst börsennotierte Unternehmen, mit deren Anteilen sich Exit-Gewinne erzielen lassen, sondern auch wirkmächtige Akteure der Wissensproduktion. Die Quantifizierung des Sozialen ist kein neutraler Nebeneffekt des technischen Fortschritts, sondern vollzieht sich im Interesse der handelskapitalistischen Kapitalfraktionen: Auf den Plattformen werden Visionen propagiert, die Zukunftserwartungen wecken, die wiederum bestimmte Geschäftsmodelle zukunftssträftig erscheinen lassen, was den Boden für gelingende Exit-Investitionen bereitet. Für das auf das zukünftige Wachstum spekulierende Exit-Kapital gilt so, dass »öffentliche Überzeugungskraft mit Zahlungsvermögen verschmilzt« (ebd.: 120).

Bestehen die Ziele des Industriekapitals im Drücken der Lohnkosten, der Steigerung der Produktivität und der Erschließung neuer Märkte, so zielt das spekulative Handelskapital auf eine totale Informationskenntnis (hierzu unten mehr) und eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung – und damit der Zukunftserwartungen sowie letztlich der Exit-Rendite. Diese Rendite fließt so lange, bis das »Kartenhaus geweckter Erwartungen« (Staab 2018: 227) in der Krise zusammenbricht.

In der von Vogl beschriebenen Gegenwart gibt es also 1) neue *Wissensbestände*, nämlich digital erfasste Daten und Metadaten, die Rückschlüsse auf Kaufverhalten und Kursentwicklung zulassen; 2) die neue *Wissensform* der börsenkonformen Reduzierung komplexer Nachrichtenlagen auf Information über zukunftsrelevante Fakten und Meinungen und damit die Übertragung der finanzökonomischen Episteme auf den Bereich des Sozialen und 3) handelskapitalistische Akteure, die das Feld der öffentlichen Meinung aktiv bearbeiten und denen die Organisation des öffentlichen Diskurses über Social-Media-Plattformen so neuartige Mittel zur Renditemaximierung an die Hand gibt.

2.4 Unendliches Wachstum, Enteignung und Regieren im Modus der Ausnahme – politische Effekte des Risikokapitals

Die Unternehmen, in die das Handelskapital zur Generierung von Exit-Gewinnen investiert, sind auf Wachstum ausgelegt. Das Versprechen, erst zu wachsen, das heißt einen großen Kund:innenstamm zu akquirieren und diesen dann irgendwann in einer fernen Zukunft in tatsächliche Gewinne umzumünzen, steigert den Preis der Unternehmensanteile und für die rechtzeitig Ein- und Ausgestiegenen die Exit-Gewinne. Das Motto dieser Geschäftsmodelle lautet also »Wachstum vor Profit« (Vogl 2021: 72) oder genauer: Profit durch Wachstumserwartung.

Die für die konstitutive Messung und den Aufbau entsprechender Zukunftserwartungen nötige Kolonisierung der Öffentlichkeit durch die Episteme des Handelskapitals und der Plattformen korreliert mit einer anderen Landnahme im ökonomischen Sinn: der Akkumulation durch Enteignung. Schließlich basiert die Akkumulation des Handelskapitals nicht auf ausgebeuteter Arbeitskraft, sondern auf Umverteilung; und über den Umweg angekaufter Staatsanleihen und vergemeinschafteter Konzernschulden lässt sich

verfolgen, dass es letztlich eine Umverteilung von unten nach oben ist, die das Geschäftsmodell des Risiko- und Handelskapitals trägt. Vogl geht so weit, die Bevölkerungen der Staaten »selbst als Mindestreserven für die Transaktionen der Finanzmärkte« (Vogl 2021: 30 f.) zu charakterisieren. Wenn also das Kartenhaus geweckter Erwartungen zusammenbricht, die Krise sich abzeichnet, bürgt in letzter Instanz die Bevölkerung mit ihrem Vermögen, Reallöhnen und sozialstaatlichen Errungenschaften. Es wurde ein »Bereicherungsautomatismus« (ebd.) etabliert, der die Bereicherung durch Enteignung – diese »ursprüngliche Akkumulation« (ebd.) – auf Dauer gestellt hat. Die Profite des Handelskapitals basieren also auf der Übervorteilung anderer Anleger – und letztlich auf der Enteignung der Bevölkerungen. Diese bemerkt das immer dann, wenn es wie 2008 und neuerlich seit 2020 zu großangelegten Sparmaßnahmen, Sozialkürzungen, autoritären Migrationspolitiken oder, wie 2022, zu Inflation ohne entsprechende Lohnerhöhungen kommt.

Franziska Cooman (2021) weist zu Recht auf die auffällige Unterbelichtung postkolonialer Zusammenhänge in Vogls Theorie hin. Tatsächlich – so verstehe ich den Argumentationsgang von *Kapital und Ressentiment* – wäre die Diagnose der permanenten ursprünglichen Akkumulation einer der systematischen Orte, diesen Zusammenhang aufzuzeigen. Denn nie waren es nur die Bevölkerungen der Industrieländer, die in letzter Instanz für die Kapitalgewinne bürgten. Vielmehr sind die von Vogl verwendeten Begriffe der Landnahme und der ursprünglichen Akkumulation an imperialistischen Vorgängen entwickelt worden, die das – zunächst auch geographische – Außen des kapitalistischen Systems vereinnahmten und gewaltsam exproprierten. So zeigt sich, wie oben angedeutet, dass Vogl vom nichtökonomischen Hintergrund, den Faser fokussiert, absieht. Dass auch wichtige Momente der von Vogl beschriebenen Kontrollmacht als Reimporte aus Kolonialkontexten verstanden werden können, wird im Folgenden gezeigt werden und verweist darauf, dass Vogl nicht *die* gesellschaftliche Totalität im Auge hat, sondern lediglich *eine* Totalität, die es neben anderen gibt.

Was Vogl in den ersten Kapiteln seiner Theorie en détail ausführt, lässt sich so zusammenfassen: Ein Bündnis von Finanzkapital und Regierungen hat auf europäischer und globaler Ebene ein Regime etabliert, das seinerseits nicht demokratisch kontrolliert wird. Zentralbanken, IWF, Europäische Kommission und Weltbank stellen »Souveränitätsreserven« (Vogl 2015: 201) dar, mit deren Hilfe mittels Privatisierungen, Personalabbau im öffentlichen Sektor sowie Arbeitsmarkt- und Sozialreformen eine Umverteilung von unten nach oben orchestriert werden kann (Vogl 2021: 23), die genau dann einsetzt, wenn die Krise des produktiven Sektors nicht mehr durch Spekulationsprofite aufzuschieben ist. Um den Widerstand von Gewerkschaften und Verbänden zu brechen beziehungsweise um rechtliche Regelungen zu umgehen, verfügen Regierungen und Kapital, wie Vogl ergänzt, über den Modus des Ausnahmezustands (vgl. Vogl 2021: 25). In geradezu Agamben'scher Diktion argumentiert Vogl, dass seit 9/11 über die Finanzkrise 2008 und die Coronapandemie in den Jahren ab 2020 bis hin – so könnte man ergänzen – zur ökonomischen Dimension des Ukrainekriegs immer wieder gesellschaftliche Ausnahmesituationen genutzt wurden, um Bürgerrechte außer Kraft zu setzen und finanzpolitische Regularien abzubauen:

»So wurden im Schatten des pandemischen Notstands und damit verbundener Ausnahmesituationen – und unter sorgenvoller Aufsicht der EU – nicht nur autoritäre Strukturen hier und dort, in Ungarn und Polen, verfestigt; vielmehr hat man bestehende finanzökonomische Mandate und Regeln wiederum außer Kraft gesetzt.« (Vogl 2021: 25)

Ein von Vogl nicht besprochenes Beispiel dafür, wie die europäische Spar- und Liberalisierungspolitik demokratische Hürden nimmt, findet sich in Italien. Obwohl dort bei den Parlamentswahlen 2018 die mit neoliberalen Reformplänen antretenden Parteien abgestraft und abgewählt wurden, bekamen die italienischen Wähler:innen 2021 – einige Politrochaden später, aber ohne erneute Wahl – Mario Draghi, also den ehemaligen EZB-Chef persönlich, als Ministerpräsidenten vorgesezt. Seither werden genau die Umverteilungsschritte lanciert, gegen die 2018 mehrheitlich gestimmt wurde (vgl. Palombarini 2021).

Das Motto ›Wachstum statt Profit‹ bekommt hier also eine weitere Sinndimension. Es wachsen nicht nur die prognostizierten Gewinne der Start-ups, sondern auch die Zuständigkeitsbereiche der Logik des Finanzmarkts. Vogls These ist dabei sehr weitreichend, gerade weil sie einen systematischen Zusammenhang zwischen den genannten Geschäftsmodellen und politischen Verwerfungen wie in Italien (ein Beispiel von vielen) herstellen kann. *In short*: Um die Krise des produktiven Sektors zu kompensieren, flüchtet Kapital als Handelskapital in Exit-Geschäfte, die nicht produktiv, sondern extraktiv, übervorteilend funktionieren. Da jedoch die steigenden Gewinne hierbei irgendwie finanziert werden müssen, haben Kapital und Staatsinstitutionen Mechanismen etabliert, die eine dauerhafte Umverteilung von unten nach oben ermöglichen. Hierfür werden unter Mobilisierung institutionalisierter Souveränitätsreserven politische und rechtliche Institutionen außer Kraft gesetzt, die dieser Umverteilung im Weg stehen. Notwendig ist ein Modus des in Permanenz gesetzten Ausnahmezustands, der direkte Eingriffe, etwa in nationale Politik, ermöglicht und so das Ärgernis »unbequeme[r] politische[r] Mehrheitsentscheidungen« (Vogl 2021: 118) neutralisiert.

Folgt man den Grundzügen von Vogls Analyse bis zu diesem Punkt, ergibt sich ein Bild, das ein breites und komplexes Spektrum politischer, gesellschaftlicher, technischer und diskursiver Entwicklungen als Momente einer ökonomischen Totalität erklärt. Diesem Bild können weitere Mosaiksteine hinzugefügt werden. Eine prominente Figur gegenwärtiger Regierungstechniken lässt sich etwa vor dem Hintergrund des bisher Rekonstruierten als Strategie interpretieren, die Verankerung des Ausnahmezustands – oder die Souveränitätsreserven – in der Normalität zu rechtfertigen: die Technokratie. Draghi inszenierte sich, wie etwa auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, als Vollstrecker alternativloser, wissenschaftlichen Fakten folgender, unideologischer Politik. Regieren soll als Verwaltung erscheinen. Mit Oliver Nachtwey und Timo Seidl (2017) kann dieser politische Trend als »Polis der Solution« bezeichnet werden, begleitet von einem »neue[n], digitalkapitalistische[n] Geist« (Vogl 2021: 102). Politik erscheint in diesem aus dem Silicon Valley stammenden Rechtfertigungsnarrativ als die Implementierung technischer und informatischer Verfahren zur Lösung von Problemen: etwa der hohen italienischen Staatsverschuldung oder fehlender digitaler Infrastruktur für konsequentes Social Distancing. Passenderweise sind Agenturen dieser Form des

Regierens ihrerseits Start-ups, die das Wachstumsversprechen geben können, in Zukunft an immer mehr Orten die Regierungsgeschäfte zu gestalten. Das Handelskapital profitiert so nicht nur von Privatisierungen, Deregulierungen und einer Umverteilung zu seinen Gunsten, sondern auch davon, sich selbst als Problemlöser anzubieten und die etablierten Werkzeuge der Plattformen und Apps, insbesondere die Datengenerierung und Prognose, den Regierungen und öffentlichen Verwaltungen zur Verfügung zu stellen. Meetings über Zoom, Pandemiebekämpfung über Corona-Warn- und Luca-App, digitales Homeschooling und die Abfrage von Bewegungsdaten von Google haben sich während der Covid-Pandemie im Alltag etabliert. Doch auch Polizei- und Geheimdienstarbeit und selbst Migrationsbehörden greifen bisweilen auf datenoptimierte *Solutions* zurück. Tendenziell haben technokratische Regierungspraktiken dieser Art nicht nur Auswirkungen auf die Sphäre des Sozialen, sondern machen auch politische Interessensgegensätze unsichtbar, indem sie suggerieren, politische Probleme ließen sich mit technischen Mitteln ›lösen‹.

2.5 Militär, Polizei und Migrationsabwehr: *Solutions* und die staatliche Gewalt als Kontrollmacht

Die gesammelten Datenmengen, die Utopie der algorithmisch errechenbaren Verhaltensprognose und das Versprechen, auf die öffentliche Meinung (bzw. ihre Simulation über Twitter-Trends und selektive Newsfeeds) direkt Einfluss nehmen zu können, wecken Begehrlichkeiten. Auch staatliche Behörden wie Geheimdienste und Polizei suchen datenbasierte *Solutions*. Mit Bernard E. Harcourt (2019) ließe sich auch das Militär ergänzen. Dieser belegt mit reichlich Anschauungsmaterial, dass sich ins Repertoire des Regierungshandelns die Ausübung staatlicher Gewalt im Modus der »Aufstandsbekämpfung« (Harcourt 2019: 43 ff.) eingefügt hat: zunächst im Ausland, etwa in Frankreichs Algerienkrieg oder dem westlichen *war on terror* – und zunehmend beobachtbar auch im Inland, etwa beim politisch-polizeilichen Umgang mit den Black-Lives-Matter-Protesten (BLM) in den Vereinigten Staaten. Terrorgruppen, gesellschaftliche Unruhen, soziale und politische Bewegungen bergen in dieser Logik die Gefahr des Aufstands und sind somit ein ›Problem‹, das einer (daten-)optimierten Lösung bedarf.

Harcourt schließt daraus, dass westliche Regierungen bisweilen Kriegstaktiken (eben die Aufstandsbekämpfung) gegen Personen und Bewegungen anwenden, die wie im Falle der BLM-Bewegung unbewaffnet und friedlich für legitime Anliegen demonstrieren – und das nicht nur, weil lokale Polizeistationen ihre Ausrüstung oft aus Armeeresbeständen aus dem Irakkrieg auffüllen. Der Episteme dieses Modus' der Ausübung von Regierungsgewalt erscheint die Welt als von einer kleinen, radikalen Gruppe von Aufständischen bedroht, die unschädlich zu machen sei, während gleichzeitig ihr ideologischer Einfluss auf die breite Masse der Bevölkerung minimiert werden solle. So rekonstruiert Harcourt (2018: 81 ff.) die Geheimdienst- und Militärstrategie in den Kriegen im Mittleren Osten und im kolonialen Kontext, die – wie Harcourts Beispiele zeigen – auch zum Vorbild der Machtausübung in der westlichen Hemisphäre werden.

Im Falle des geheimdienstlichen *war on terror* bestehe diese in der Doppelstrategie von 1) Repression bis hin zur geheimdienstlichen Tötung von mutmaßlichen islamistischen Schlüsselpersonen und 2) gezielter anti-islamistischer Propaganda, die Personen adressiert, deren digitaler Fußabdruck Sympathien für islamistische Ideen nahelegen scheint. Bei der Identifikation solcher mutmaßlich für terroristische Propaganda empfänglichen Personen spielen die sozialen Medien und die datengenerierenden Applikationen eine Schlüsselrolle. Die von Geheimdiensten bei der Aufstandsbekämpfung angestrebte »totale Informationskenntnis« (Harcourt 2019: 86 ff.) besteht im Wissen darüber, wer zur radikalen Minderheit gehört und wie es um das Meinungsklima der Bevölkerungsmehrheit bestellt ist. Staatliche Institutionen greifen hierfür auf die von den Digitalkonzernen gesammelten Informationen zurück und sprechen das auch offen aus: Harcourt zitiert Michael Haydens, früherer Direktor von NSA und CIA, der ganz unverblümt erklärt: »Wir töten Menschen auf Basis von Metadaten« (nach Harcourt 2019: 230). Wo diese Daten zu solchen Zwecken genutzt werden, regt sich aber auch Widerstand: Es werden datensichere Messenger angeboten und gesetzgebende Institutionen befinden sich in einem Dauerstreit um rechtliche Grundlagen für Vorratsdatenspeicherung oder Zugriffsoptionen auf private Chats.

Eindeutig ist die Lage jedoch im Falle des von Vogl (2021: 95 f.) diskutierten Unternehmens Palantir. Dort arbeiten staatliche (CIA) und handelskapitalistische Akteure direkt mit Medienunternehmen (Thomson Reuters) und Risikokapital zusammen, um eine Software zu entwickeln, die genau diese totale Informationskenntnis simuliert. »Terrorakte«, »Pandemieverläufe« und »Migrationsbewegungen« (ebd.) sollen von der Software prognostiziert werden können wie Börsenkurse. Diese Zusammenarbeit – die auch harmlosere Bereiche wie Verkehrsplanung umfasst – löst, wenn man so will, das »Problem des Neoliberalismus«, welches etwa Michel Foucault (2006: 187) darin sieht, herauszufinden, »wie man die globale Ausübung der politischen Macht anhand von Prinzipien einer Marktwirtschaft regeln kann«. Interessanterweise geschieht dies nicht, wie der Neoliberalismus auch verstanden werden könnte, durch einen »Rückzug« des Staates, sondern vielmehr durch eine tendenzielle Verschmelzung staatlicher und monopolkapitalistischer Interessen und Praxen. Oder in Foucaults Worten: »Es geht also nicht darum, einen freien Raum zu schaffen, sondern die formalen Prinzipien einer Marktwirtschaft auf die allgemeine Regierungskunst zu beziehen oder abzubilden« (ebd.).

Die modernen Regierungstechniken, die Vogl anschließend an Gilles Deleuze als Kontrollmacht bezeichnet, resultieren also aus der Übertragung der Episteme digitalkapitalistischer Wissensformen auf das Feld des staatlichen Handelns. Das Beispiel Palantir ist ein Indiz dafür, dass die Wissensbestände der Plattformen und Apps für die Regierungen interessant sind: Das Programm verspricht die Prognose von Börsenkursen und Terrorakten basierend auf denselben Daten.

Tatsächlich stellen heute immer mehr deutsche Bundesländer die Palantir-Software ihrer Polizei zur Verfügung (Harlan et. al. 2022) – und auch die Migrationspolitik der EU bedient sich der Meinungserfassungs- und Meinungssteuerungstechnologie des Silicon Valley. Anhand des Surfverhaltens von Menschen aus Ländern mit hohen Auswanderungszahlen ermittelten etwa YouTube und Facebook Menschen, deren

digitaler Fußabdruck darauf schließen lässt, dass sie die Migration in ein westliches Land erwägen könnten. Diesen auf Basis von Metadaten ermittelten Personen wurden – als Werbeeinblendungen – gezielt »Informationen« darüber angezeigt, wie gefährlich und aussichtslos eine Migration nach Australien, Belgien oder Ungarn wäre. Zum handfesten Skandal wurde diese Praxis der Migrationssteuerung über YouTube, als Australier:innen mit Migrationshintergrund plötzlich *anti-refugee ads* bei Facebook angezeigt bekamen. (Pécoud und van Dessel 2021)

Praktiken dieser Art scheinen die konsequente Übertragung der Wissensformen und -bestände des Exit-Kapitalismus auf Felder des Regierungshandelns zu sein. Sofern Vogls Theorie eine Theorie von der gesellschaftlichen Totalität ist, behauptet sie, dass die Eigenlogiken der besprochenen Felder nur als Momente der gegenwärtigen historischen Phase des Kapitalismus und der »nichtzufällige[n] Entfaltungen« (Fraser 2019: 96) seiner »Widersprüche« (ebd.) ganz verstanden werden können.

2.6 Ressentiment

Das Ressentiment hat in Vogls Theorie seinen paradigmatischen Ort auf den Social-Media-Plattformen, vor allem Twitter und Facebook. Dort nämlich findet eine Übertragung der Informationslogik auf den Bereich der Kommunikation statt. Da News und Äußerungen in dieser Episteme nicht wahr oder falsch, begründungsbedürftig oder plausibel, klug oder Klatsch sein müssen, entfernt sich auch die Organisation des Diskurses von diesen Kategorien (Vogl 2021: 136 f.). Wie es das Kapital an der Börse nicht interessiert, ob die News, die die Kurse steigen lassen, der Wahrheit entsprechen, ist auch das, was auf den sozialen Plattformen heute »Wissen heißt« (ebd.: 137), eigentlich »Information« (ebd.). Bei Twitter kursieren »Fakten« und »Meinungen« (und: Memes), die gleichermaßen auf Begründungen und Theorien nicht angewiesen sind. Vogl geht sogar so weit, wissenschaftsmethodologische Trends – etwa das mal beklagte, mal proklamierte »Ende der Theorie« (ebd.: 136) – als Ausdruck dieser Episteme zu verstehen.

Selbstverstärkende Mechanismen sorgen für abgeschlossene Weltbilder, die sich in den *bubbles* verhärten und bei Usern eine Ambiguitätsintoleranz entstehen lassen, die die notwendig komplexe und vielschichtige »Außenwelt« (ebd.: 161) nur als »Kränkung« (ebd.) empfindbar macht. Wie jüngere empirische Studien zeigen (etwa Törnberg 2022 und Bail et al. 2018), ist es dann gerade die punktuelle Konfrontation mit abweichenden Positionen und Weltbildern in den sozialen Medien, welche die ressentimentale »political polarization« (ebd.) in Gang setzt. Das Ressentiment, von Vogl mit Nietzsche als »verneinende Selbstbejahung« (Vogl 2021: 161) charakterisiert, ist so in die Grundstruktur der Kommunikation auf Plattformen eingeschrieben: die eigene Existenz hängt an der Ablehnung dessen, was dem eigenen in virtuellen Endlosschleifen reproduzierten Weltbild nicht entspricht, mit dem die (sozialen) Medien eine:n jedoch permanent konfrontieren. Damit korreliert laut Vogl ein »Punitivismus« (ebd.), der das Abweichen von der eigenen Linie polizeilich sanktioniert sehen will. Entsprechend

inflationär oszillieren die Signifikanten *Den Haag* oder *Nürnberg 2.0* Themen- und *bubble*-übergreifend durchs Internet. Der tatsächlichen Aufrüstung und Ermächtigung der Polizei, die sich etwa mit Harcourt beobachten lässt, liefert diese Diskursstruktur eine genehme Echokammer. Selbst Videos von Polizeigewalt gegen Demonstrant:innen oder von gewaltsamen Festnahmen (nicht selten: migrantisch Gelesener) finden zielsicher *bubbles*, in denen das Vorgehen prinzipiell und ohne Beleuchtung der Hintergründe befürwortet oder legitimiert wird.

Die List des Ressentiments besteht schließlich darin, dass Menschen die Ressourcen, die sie zum Kampf gegen die antidemokratischen und ausbeuterischen Praxen des Kapitals ins Feld führen könnten, zur Bekämpfung von Minderheiten, Stigmatisierten und überhaupt von Positionen nutzen, die als abweichend vom eigenen Weltbild erscheinen. Dabei wird der Antisemitismus bereits in Vogls *Der Souveränitätseffekt* (2015) als die paradigmatische Form des Ressentiments verhandelt, die – wie es in der *Dialektik der Aufklärung* (Horkheimer und Adorno 1988: 183) heißt – im Bild des »raffenden« (ebd.) Juden »die raffende Natur des Wirtschaftssystems überhaupt zudeckt« (ebd.).

2.7 Fazit und Ausblick

Es wurden mit der neuen Rolle und Gestalt des öffentlichen Meinungsaustauschs, metadatengestützten neuen Regierungspraxen und der ressentimentalen Diskursformation einige politische und soziale Phänomenkomplexe diskutiert, die sich in einer auf die gesellschaftliche Totalität zielenden Theorieperspektive als Momente der Gesellschaft des Risikokapitals erklären lassen; dann nämlich, wenn es gelingt, den nichtzufälligen Zusammenhang zwischen der ökonomischen Entwicklung, der Kolonisierung des Sozialen und der Ausbreitung der finanzkapitalistischen Episteme konkret aufzuzeigen. Vogls Theorie liefert hierfür Leitplanken und Stichworte und weckt so die Hoffnung, dass es möglich ist, einen systematischen Zusammenhang zwischen verschiedenen besorgniserregenden Entwicklungen der Gegenwart und dem Stand der kapitalistischen Entwicklung zu erkennen – ohne in allzu ökonomistische Argumentationsmuster zu verfallen.

Die in Vogls *Theorie der Gegenwart* analysierten Momente einer handelskapitalistischen Totalität sind aber eben das: die Momente einer *handelskapitalistischen* Totalität. Die Hochkonjunktur der Risiko- und Exit-Kapitalformen resultiert, wie oben gesehen, aus der Krise des *produktiven* Kapitals. Wenn aber, wie Marx (2005: 40) schreibt, »[i]n allen Gesellschaftsformen [...] eine bestimmte Produktion [...] allen übrigen [...] Rang und Einfluß anweist«, so muss doch zugegeben werden, dass es die Sphäre des produktiven Kapitals ist, deren Krise das Aufblasen des Finanzsektors mit seinen Epistemem und eben auch handelskapitalistischen Geschäftsmodellen überhaupt erst möglich gemacht hat und die damit einen gewissen logischen Vorrang behält.

Wie jedoch verhält sich die durch die neuen handelskapitalistischen Kapitalformen vermittelte Struktur des Sozialen zur vom produktiven Kapital strukturierten Sphäre?⁵ Eine Theorie der Gegenwart, die die Totalität des industriellen Kapitals ins Auge fasst, würde vielleicht weniger über Informationen und Kontrollmacht und mehr über die globale Konkurrenz um Absatzmärkte und Rohstoffe, (differentielle) Ausbeutung (siehe Govrin in diesem Paper) und letztlich Klassenkonflikte sprechen. Dieser Phänomenkomplex kommt in Vogls Theorie konsequenterweise kaum vor. Tatsächlich erscheint ein anderer Konflikt am Horizont von *Kapital und Ressentiment*, nämlich jener zwischen dem neuen Handelskapital und den alten bürgerlichen Institutionen oder den »Herzkammern des Liberalismus« (Vogl 2022: 85). Insbesondere die EU-Institutionen haben erkannt, dass die Kolonisierung des Sozialen durch die Modi der Finanz an bestimmte rechtliche Arrangements geknüpft ist. Die angestrebte totale Informationskenntnis des Risikokapitals (und der Geheimdienste) ist etwa auf die Extraktion aller möglichen Daten angewiesen. Insbesondere die oben beschriebene Verflechtung von (US-)Geheimdiensten, (US-)Militär und den Unternehmen mit datengenerierendem Geschäftsmodell löst in Europa ein »Unbehagen« (ebd.) aus, auf das mit größeren Gesetzesinitiativen zur Datensouveränität reagiert wird.

So gesellt sich zur Spannung zwischen industrie- und handelskapitalistischen Totalitätsambitionen auch ein Interessengegensatz zwischen politischen Machtblöcken (USA, EU) und ihren jeweiligen Unternehmen und Monopolen. Nicht nur zwischen enteigneten Bevölkerungen (oder Proletariat) und Kapital, sondern auch zwischen kapitalistischen Blöcken bestehen Interessengegensätze und -widersprüche. Vermutlich müsste die Theorie der Gegenwart also weitergeschrieben und gefragt werden, wie sich die in diesem Text skizzierte Totalität des Handelskapitals zu der des produktiven Kapitals verhält und welche Logiken (im Plural) in wessen Interesse um die Struktur des Sozialen konkurrieren.

2.8 Literatur

Adorno, Theodor W. 2003 [1962]: Fortschritt, in: ders.: Gesammelte Schriften. Band 10.2: Kulturkritik und Gesellschaft II. Hg. von Rolf Tiedemann. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 617–638.

Bail, Christopher A., Lisa P. Argyle, Taylor W. Brown, John P. Bumpus, Haohan Chen, M. B. Fallin Hunzaker, Jaemin Lee, Marcus Mann, Friedolin Merhout und Alexander Volfovsky 2018: Exposure to opposing views on social media can increase political polarization, in: PNAS 115(37), 9216–9221.

⁵ Ähnlich stellt auch Engelmann (2022) die Frage, wie der von Vogl herausgearbeitete Zusammenhang von Ressentiment, Kontrollmacht und Finanzkapital auf die Realwirtschaft und also die physische Reproduktion der Gesellschaft zurückwirkt.

- Button, Adam 2022: There are some serious rumours doing the rounds about a major bank failure. October about to start with a disaster?, in: forexlive, 2. Oktober. <www.forexlive.com/news/there-are-some-serious-rumours-doing-the-rounds-about-a-major-bank-failure-20221002/>.
- Cooiman, Franziska 2021: Colonialism, capital, and resentment, in: Finance and Society 7(2), 152–157.
- Dua, Shrey 2022: Does Time in the Market Beat Timing the Market? 4 Experts Weigh In, in: Investorplace, 5. Mai. <investorplace.com/2022/05/does-time-in-the-market-beat-timing-the-market-4-experts-weigh-in/>.
- Engelmann, Andreas 2022: Rezension: Joseph Vogl, Kapital und Ressentiment, in: Kritische Justiz 55(4), 525–528.
- Foucault, Michel 2006 [1979]: Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II. Vorlesung am Collège de France 1978–1979. Übers. von Jürgen Schröder. Hg. von Michel Senellart. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Fraser, Nancy 2019: Die Krise der Demokratie. Über politische Widersprüche des Finanzmarktkapitalismus jenseits des Politizismus, in: Hanna Ketterer und Karina Becker (Hg.): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa. Berlin: Suhrkamp, 77–99.
- Fraser, Nancy 2022: Benjamin Lecture 1 – Gender, Race, and Class through the Lens of Labor. <www.youtube.com/watch?v=zGXIZVI3PH8>.
- Fraser, Nancy und Rahel Jaeggi 2020: Kapitalismus. Ein Gespräch über kritische Theorie. Berlin: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1981: Theorie des kommunikativen Handelns. Band I: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Harcourt, Bernard E. 2019: Gegenrevolution. Der Kampf der Regierung gegen die eigenen Bürger. Übers. von Frank Lachmann. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Horkheimer, Max und Theodor W. Adorno 1988 [1944]: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Harlan, Elisa, Boris Kartheuser und Robert Schöffel 2022: Schafft die Polizei den gläsernen Bürger?, in: tagesschau.de, 3. Juli. <www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/polizei-analyse-software-palantir-101.html>.
- Kühl, Stefan 2003: Exit. Wie Risikokapital die Regeln des Wirtschaftens verändert. Frankfurt a. M. und New York: Campus.
- Marx, Karl 1962 [1867/1890]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals, in: Marx-Engels-Werke. Band 23. Berlin: Dietz.

- Marx, Karl 1963 [1885/1893]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Zweiter Band. Buch II: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals, in: Marx-Engels-Werke. Band 24. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl 1975 [1894]: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. Buch III: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion, in: Marx-Engels-Werke. Band 25. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl 2005 [1857/1858]: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: Marx-Engels-Werke. Band 42. Berlin: Dietz.
- Nachtwey, Oliver und Timo Seidl 2017: Die Ethik der Solution und der Geist des digitalen Kapitalismus. IfS Working Paper Nr. 11. Frankfurt a. M.: Institut für Sozialforschung. www.ifs.uni-frankfurt.de/publikationsdetails/ifs-oliver-nachtwey-und-timo-seidl-die-ethik-der-solution-und-der-geist-des-digitalen-kapitalismus.html.
- Nachtwey, Oliver und Philipp Staab 2020: Das Produktionsmodell des digitalen Kapitalismus, in: Sabine Maasen und Jan-Hendrik Passoth (Hg.): Soziologie des Digitalen – Digitale Soziologie? Soziale Welt. Sonderband 23. Baden-Baden: Nomos, 285–305.
- Palombarini, Stefano 2021: Italien – Drama in drei Akten, in: Le Monde diplomatique, 8. April. monde-diplomatique.de/artikel/!5746258.
- Pécoud, Antoine und Julia Van Dessel 2021: Migrationsabwehr via youtube, in: Le Monde diplomatique, 11. März. monde-diplomatique.de/artikel/!5746246.
- Rimbert, Pierre 2021: Die Herrschaft der Geeks, in: Le Monde diplomatique, 7. Oktober. monde-diplomatique.de/artikel/!5793013.
- Staab, Philipp 2018: Exit-Kapitalismus revisited. Der Einfluss privaten Risikokapitals auf Unternehmensentscheidungen, Marktrisiken und Arbeitsqualität in technologieintensiven Jungunternehmen, in: Leviathan 46(2), 212–231.
- Törnberg, Petter 2022: How digital media drive affective polarization through partisan sorting, in: PNAS 119(42).
- Vogl, Joseph 2015: Der Souveränitätseffekt. Zürich: Diaphanes.
- Vogl, Joseph 2021: Kapital und Ressentiment. Eine kurze Geschichte der Gegenwart. München: C.H.Beck.
- Vogl, Joseph 2022: Ressentiments sind Umverteilungssysteme für Ängste. Ein Gespräch mit Joseph Vogl, in: l'Infiniment. Zeitschrift für Philosophie 3, 79–91.
- Vormbusch, Uwe 2012: Die Herrschaft der Zahlen. Zur Kalkulation des Sozialen in der kapitalistischen Moderne. Frankfurt a. M. und New York: Campus.

3 Die Gesellschaft war immer schon gespalten. Für eine kritische Analyse differentieller Ausbeutung

Jule Govrin

Joseph Vogls *Kapital und Ressentiment* (2021) hat für Gesprächsstoff gesorgt, schließlich legt seine Erzählung die autoritären Tendenzen des Kapitals und die affektiven Ökonomien des Ressentiments offen. Indem Unternehmen durch Plattformökonomien ihre eigenen Märkte erschaffen, die selbstgesetzten monopolistischen Regeln folgen, wird Öffentlichkeit zu einem Meinungsmarkt, dessen aufmerksamkeitsökonomischer Mechanismus auf Polemik und Polemisierung statt auf Inhalte und Argumente setzt, wodurch die Gesellschaft gespalten wird – so die Kernthese. Neben Eigentum und Arbeit treten die Paradigmen von Finanz und Information; dergestalt wird die Perspektive auf Kernelemente des Kapitals entschieden erweitert.⁶ An welchen Einsatzstellen ist die Studie anschlussfähig für kritisch-theoretische Denkansätze? Und von welchen Annahmen und Analyseverfahren sollten sich diese abheben, um eine Sozial- und Ökonomiekritik zu artikulieren, die bei den Tiefenstrukturen von Ungleichheit ansetzt?

In ihren Erzählbewegungen verbindet Vogls Studie die soziale mit der ökonomischen Analyse. Wie Francesca Raimondi (2021: 23) betont, beschreibt er »das kapitalistische Operieren durch zwei scheinbar gegenläufige, aber eigentlich komplementäre Bewegungen« (ebd.): zum einen die »Bewegung der Finanzialisierung« (ebd.), die sämtliche Lebensbereiche durchzieht, zum anderen die Bewegung, das Kapital derart zu deregulieren und zu deterritorialisieren, dass es neue »Souveränitätsreservate« (Vogl 2021: 23) ausschöpfen kann, die ihrerseits autoritäre Machtstrukturen ausbilden. Diese beiden Bewegungen zeichnen sich bereits in der vorhergehenden Studie *Der Souveränitätseffekt* (Vogl 2015) ab, welche genealogisch die Schattenmacht der Zentralbanken beschreibt, deren Autorität von den frühen Anfängen der Kapitalismusgeschichte bis zu den antidemokratischen Tendenzen neoliberaler Austeritätspolitik reicht.

Das neue Buch lenkt nun die Aufmerksamkeit auf die Einhegungen, die mit den digitalen Meinungsmärkten und ihren affektintensiven Aufmerksamkeitsökonomien einhergehen. Entgegen dem Dogma von Marktfreiheit und -vernunft verfahren merkantile Mechanismen nicht nach impliziten Informationsregeln, die fairen Wettbewerb ermöglichen – wie etwa der neoliberale Vordenker Friedrich von Hayek behauptet (Vogl 2015: 40 ff.). Stattdessen tendieren Plattformökonomien zur Monopolbildung, da sie Unternehmen wie *Facebook* uneingeschränkte Gestaltungsmacht einräumen. Schließlich errichten diese ihre eigenen digitalen Märkte, mitsamt intransparenten Algorithmen, die sich dem politischen Zugriff entziehen. Vogl legt dar, wie Informationsverarbeitung und -verbreitung zum neuen Paradigma des Kapitals werden und die Plattformökonomien neue Marktformen hervorbringen, denn da Unternehmen wie

⁶ Ein weiteres wesentliches Paradigma bildet das Recht, das, wie Katharina Pistor aufzeigt, Monopolbildung begünstigt und die Errichtung struktureller Ungleichheit in Eigentumsverhältnissen erst ermöglicht (vgl. Pistor 2021).

Facebook ihre Märkte selbst herstellen, können sie die Regeln dieser selbstgestalteten Märkte bestimmen (Vogl 2021: 86 ff.). So werden starke Monopolbildungen möglich, die rechtlich und steuerlich kaum einzuholen sind.

Diese aktuelle Gemengelage analysiert Vogl anhand einer Genealogie der Gegenwart. Um den historischen Horizont der digitalen Ökonomien aufzuzeigen, zeichnet er zwei kapitalismusgeschichtliche Linien nach. Die erste Linie legt die Kontinuitäten zwischen den Wahrheitsspielen der Finanzökonomie und denen der Informations- und Kommunikationstechnologien offen. Die zweite Linie erzählt die ökonomische Geschichte des Ressentiments.⁷ Anstatt Plattformökonomien als radikal Neues zu verklären, erlaubt die genealogische Annäherung an die Gegenwart, die Genese des »neuen, digitalkapitalistischen Geist[es]« (ebd.: 102) entlang von geschichtlichen Entwicklungslinien zu betrachten.

Wegweisend ist die Analyse der »Wahrheitsspiele« (ebd.: 145) des Kapitals. Im Zuge dessen zeigt Vogl auf, wie Gerücht, Meinung und Markt miteinander zirkulieren. Für Profitmaximierung kommt Information ein hoher Stellenwert zu, etwa bei der Börsenspekulation (ebd.: 143–150). Schon die Vermutung, ein Unternehmen könne Gewinn machen, lässt dessen Börsenwert steigen. Allgemein gesprochen geht es in diesem epistemischen Spiel nicht um tiefliegende Wahrheiten, sondern um bloße Gerüchte, die nicht belegt sein müssen, um als gewinnbringende Informationen gehandelt zu werden. Ohne an dieser Stelle ins Detail zu gehen, verdeutlicht Vogls Studie, dass das Kapital keinen demokratischen Transparenzregeln folgt. Entgegen der Annahme einer »unsichtbaren Hand« – einer Marktvernunft, die das Kapitalgeschehen demokratisch regle – legt der Autor offen, wie das Kapital einem Akkumulationsbegehren folgt, das autoritäre Wirkungsformen entfaltet.

Das begünstigt, so die Quintessenz der Studie, affektive Intensivierungen des Ressentiments, die die digitalisierte Gesellschaft zunehmend beherrschen. Der autoritäre Zug, der schon in den »Souveränitätsreservate[n]« (ebd.: 23) des Finanzkapitals eingelagert ist, übersetzt sich in den digitalen Arenen in affektive Tendenzen, die das Ressentiment anreizen – an dieser Sollbruchstelle geht die Ökonomiekritik in die Sozialanalyse über. Am Ende dieser Erzählung erscheint die Gesellschaft gespalten aufgrund der Zäsuren, die sich als Risse an den Rändern der Gesellschaft auftun und von dort ihre Mitte durchziehen. In Zeiten der digitalen Differenzierung durch die ressentimentale Rhetorik zerfielen die gesellschaftliche Kohäsion in »Neogemeinschaften« (ebd.: 174) – ein Begriff, den Vogl von Andreas Reckwitz (2018: 394) übernimmt. Die Gegenwartsdiagnostik der digitalen Gesellschaft bildet kein Alleinstellungsmerkmal von Vogls Buch.

⁷ Allerdings erzählt Vogl nur eine von vielen möglichen Geschichten des Ressentiments. Etwa finden sich bei Friedrich Nietzsche zwei recht gegensätzliche Fassungen des Ressentiments. Während dem Ressentiment in seiner Streitschrift *Zur Genealogie der Moral* (1968) eine Ausdrucksform der hypermoralischen Verhärtung und der affektiven Einpanzerung zukommt, artikuliert es sich in *Ecce Homo* als affektiv-körperliches Aufbegehren (1969). Eine andere Lesart findet sich wiederum in postkolonialer Kritik, so beschreiben beispielsweise Frantz Fanon (1985) und Achille Mbembe (2019) Ressentiment als Artikulationsform von Verworfenen und somit als emanzipative Kraft. Kurzum, Ressentiment kann sowohl als reaktionäre als auch als emanzipatorische Kraft konzipiert werden.

Neben vielen anderen betont auch Reckwitz in *Die Gesellschaft der Singularitäten* (2018), dass die digitalen Arenen die gesellschaftliche Allgemeinheit bedrohten. Der Clou an Vogls Studie liegt vielmehr in der Verquickung von verschiedenen Erzählsträngen: von merkantilen Wahrheitsspielen über die Fusion von Finanzwirtschaft und Informationsindustrie hin zu den autoritären Affekten im Digitalen, deren ressentimentale Rhetorik den sozialen Zusammenhalt zerrisse und zu einer gespaltenen Gesellschaft führe. So eloquent diese Erzählung scheint, ist sie wirklich schlüssig? Beruht nicht das Kapital in ganz grundlegender Weise darauf, dass Gesellschaften immer schon gespalten sind? Lässt sich überhaupt von einer ungespaltenen Gesellschaft sprechen? Und, um einen Schritt weiterzugehen, wie sinnvoll ist es, von einem unmarkierten, undifferenzierten Subjekt als ökonomischem Akteur auszugehen?

3.1 Affektökonomien des Ressentiments und Wahrheitsspiele des Kapitals

Die Affektökonomien des Ressentiments sind unauflöslich mit den Wahrheitsspielen des Kapitals verbunden, geschichtlich gesehen entsteht Ressentiment im Windschatten des modernen Gleichheitsversprechen. Eben deshalb ist es, wie Vogl aufzeigt, engmaschig in die merkantilen Wirkungsweisen von Informationen eingebunden, wodurch die »Wertungsform des Ressentiments« als das »moralhistorische Produkt kapitalistischer Wertschöpfung aufscheint« (Vogl 2021: 165). Informationen sollen die Vergleichbarkeit ermöglichen, welche die Individuen in Wettstreit setzt. Diese epistemisch-semiotische Dimension des Börsenhandels führt vor, wie Ökonomie selbst affiziert wird und wie sie ihrerseits affiziert. Und sie verweist darauf, wie sehr soziale Vergleichbarkeit ressentimentale Affekte anreizt.

Das moderne Gleichheitsversprechen übersetzt sich marktgesellschaftlich in Skalen sozialer Vergleichbarkeit. An dieser Schnittstelle entstehen autoritäre, antidemokratische Tendenzen, die gerade aufgrund der liberaldemokratischen Rahmung des Kapitalismus wirksam werden. Anhand von Max Schelers Ressentimentkritik der »normative[n] Ordnung des Liberalismus« (ebd.: 163) zeichnet Vogl genealogisch nach, dass das Ressentiment aus dem gelebten Widerspruch zwischen rechtlich zugesicherter Gleichheit und materieller Ungleichmachung hervorgeht (ebd.: 162 ff.). Die vom Ressentiment erfassten Subjekte reagieren auf das leere Gleichheitsversprechen des Liberalismus; ihre ressentimentalen Affekte äußern sich als aufbegehrendes Aktivwerden aus der Ohnmachtserfahrung. Mithin verbündet es sich mit der Moral. Vom Ressentiment getriebene Subjekte bilden Straffeffekte aus, also den affektiven Drang, andere verächtlich abzustrafen. Anstatt auf Egalität und Emanzipation zielen Ressentiments auf eine phantasmatische Aufwertung des Selbst, welches andere ressentimental abwertet.⁸ Die Marktgesellschaft errichtet Skalen der sozialen Vergleichbarkeit, in denen sich das Ressentiment verfängt – und genau deswegen fügt es sich in die kapitalistische Konkur-

⁸ Eine ähnliche Erzählung des Ressentiments als Symptom der Moderne findet sich bei Pankaj Mishra (2017: 56–61).

renzgesellschaft. Im Ressentiment entsteht eine Art negativer Utilitarismus: Da das ökonomische Subjekt, das als utilitaristischer Agent zweckrational seine Interessen verfolgen soll, darum fürchten muss, seine Interessen nicht erfüllt zu sehen, verfällt es in die Negativbilanz. Die verinnerlichte Vergleichs- und Bewertungsraster, die die Marktgesellschaft bereitstellt, kippen ins Negative und richten sich als sündenbocklogische Straffeffekte gegen andere; die »Verkehrung des wertesezenden Blicks [verknüpft sich] mit einer Neigung zur Delegierung, [...] mit einer Art [...] Straffreudigkeit« (ebd.: 161). Der »Entzündungsherd« des Ressentiments liegt »vor allem in einem spezifischen Vergleichs- und Relationszwang, in einem Reflex zu Valorisierung und Bewertung, in einer wuchernden Urteilslust« (ebd.: 163). In dieser Schlagrichtung schließen die Beobachtungen an die Analysen zum autoritären Charakter und zu Straffeffekten in der Industriegesellschaft an (Adorno 2018: 212). Obwohl er diese Spur nicht weiterverfolgt, kommt Vogl an einer Stelle auf Theodor W. Adorno zu sprechen, und zwar auf dessen »Mutmaßung [...], dass sich die sozialen Voraussetzungen für den latenten Bestand von nationalen, völkischen oder xenophoben Ressentiments seit dem 19. Jahrhundert [...] erhalten haben und nicht zuletzt in den Konzentrationsbewegungen des Kapitals aufzusuchen wären« (Vogl 2021: 167). Insgesamt tritt in Vogls Ressentimentanalyse der Zirkelschluss zwischen Gleichheit, Ungleichheit und Ressentiment deutlich zutage: In der Kluft verfangen, die sich zwischen versprochener Gleichheit und gelebter Ungleichheit auftut, wird das ressentimentale Subjekt verführt, sich affektiv auszuagieren, und zwar in der aggressiven Abwertung von anderen.

Diese Genealogie führt in die Gegenwart der Meinungsmärkte und Aufmerksamkeitsarenen, die von Phantomprotesten und ressentimentaler Lust geprägt scheinen. Sie zeigt, wie Affektivität und Rationalität zusammenspielen. Die Bewertungsraster der Finanzökonomie bilden Meinungsmärkte aus, deren Profit- und Akkumulationsmechanismen damit arbeiten, aufmerksamkeitsökonomisch ressentimentgeladene Affekte anzureizen. Dieses Ineinanderwirken von Rationalität und Ressentiment hätte Max Horkheimer sicherlich hellhörig gemacht, denn hier äußert sich instrumentelle Vernunft in ihren neuen, digitalen Formen. Zudem tritt das chiasmische Verhältnis von Affektivität und Ökonomie hervor. Zum einen zeigt sich, dass das ökonomische Subjekt, der Homo oeconomicus, kein rationaler Agent ist, sondern ein Subjekt seiner Leidenschaften. Affekte werden ökonomisiert. Zum anderen zeigt sich, dass man Ökonomie in ihren Affizierungen untersuchen sollte, statt Wirtschaft anhand von schematischen Modellen erschließen zu wollen. So wie Affekte ökonomisiert werden, wird das Ökonomische selbst affiziert, etwa in den Gerüchteküchen der Börsen. Auf der einen Seite schreiben sich zweckrationale Ordnungsmuster in Affekte ein und ökonomisieren sie, auf der anderen Seite operieren Ökonomien nicht nach zweckrationalem Regelwerk, sondern in Signalsystemen und Spekulationsmustern, die sich als Affizierungen auffassen lassen. In dieser Betrachtungsweise schärft sich der Blick für die disruptiven, destruktiven Tendenzen des Kapitals. Sie führt weg von der fehlleitenden Annahme, seine Operationen seien rein rational an einer angeblichen Marktvernunft ausgerichtet. Finanzwirtschaft in ihren Affizierungen zu beobachten betont die systeminhärente Möglichkeit von Spekulationsblasen und disruptiven Dynamiken. Vogl analysiert die Affizierungen

des Ökonomischen durch außerwirtschaftliche Felder – in diesem Fall das Feld der Informationstechnologien –, auf diese Weise wird Ökonomie nicht als abgekoppelte Sphäre, sondern in Verflechtung mit anderen Feldern – wie eben dem der Technologie – untersucht. Die Studie der Wechselwirkungen zwischen Kommunikations- und Informationstechnologie und Finanzwirtschaft ermöglicht wiederum, Plattformökonomien sozialanalytisch zu untersuchen. In diesem Vorgehen entfaltet sich eine Doppelperspektive auf Ökonomisierung der Affekte und Affizierungen der Ökonomie.

Allerdings birgt die Sozialanalyse einige grundlegende Schwierigkeiten. Die Studie ist vogelperspektivisch aus der Position eines allwissenden Erzählers geschrieben. Diese metatheoretische Erzählperspektive, die sich zur großen Erzählung aufschwingt, ist in vielerlei Hinsicht schwierig. Eine Kernproblematik besteht darin, dass das erzählte Subjekt ebenso neutral gehalten wird wie das erzählende Subjekt. Dadurch werden sowohl die Gesellschaftsanalyse als auch die Kapitalismuskritik entschieden verkürzt. Denn um Kapitalismus nicht bloß als Produktionsverhältnis, sondern als Gesellschaftsverhältnis zu betrachten, muss man die Flughöhe finanzwirtschaftlicher Abstraktion mitunter verlassen und sich machtanalytisch anschauen, wer auf welche Weisen ausgebeutet wird – oder im Falle sozialer Medien ressentimental angegriffen wird. Es bedarf einer materialistischen, kritisch differenzierenden Betrachtung, wer von wirtschaftlichen Prozessen wie betroffen ist. Daher bedarf es der Differenzierungen in dreierlei Hinsicht: erstens hinsichtlich der Adressat:in des Ressentiments, zweitens hinsichtlich Identitätspolitik und drittens hinsichtlich des ökonomischen Subjekts selbst. Im Folgenden werden zunächst die Prämissen hinsichtlich der Ressentiment- und Identitätspolitik hinterfragt, im Anschluss rückt der Aspekt des ökonomischen Subjekts ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

3.2 Sozialkritik einer ungespaltenen Gesellschaft?

Wer genau auf welche Weise ins Visier ressentimentaler Angriffe gerät – an dieser Frage gleitet Vogls Analyse gänzlich vorbei. Allerdings ist sie alles andere als nebensächlich, sie ist sogar eine Schlüsselfrage, um die Wirkungsweisen »ressentimentaler Vernunft« (Vogl 2021: 168) zu verstehen. Ob in Form von *hate speech*, *cyberbullying*, *trolling*, *online harassment* oder *shitstorms*: Wer in den digitalen Arenen zur Zielscheibe ressentimentaler Rhetorik wird, ist inzwischen deutlich belegt. Sie wendet sich »gegen Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe, Herkunft, Religion«, um zu »Diskriminierung, Hass, Verachtung und sogar Gewalt [anzustiften]« (Sponholz 2021: 16) – wobei man klassistische und ableistische Abwertungen dazuzählen sollte.⁹ Zum Beispiel haben rund 58 Prozent aller Mädchen und jungen Frauen auf Plattformen wie *Facebook* Belästigungen erfahren und bei rund 13 Prozent führt dies dazu, dass sie weniger posten oder sogar die Plattformen verlassen (Plan International Deutschland e. V. 2020). Diese geschlechterpolitische Dimension des Digitalen ist weder Zufall noch Nebensächlichkeit. Doch Vogl macht diesbezüglich allein die anekdotisch anmutende

⁹ Für eine kriminalistische Auswertung von Hassverbrechen im Netz vgl. Horten und Gräber 2021.

Anmerkung, dass Mark Zuckerbergs *Facebook* »als Portal zum Rating der Hübschheit von Studierenden in Harvard begann« (Vogl 2021: 115) – wobei die neutrale Formulierung verdeckt, dass es sich bei den Vergleichsobjekten um Studentinnen handelte. An dieser Stelle hätte Vogl durchaus das augenscheinlich sexistische Bewertungsraster beanstanden oder gar einen Zusammenhang ziehen können, der sich zwischen dieser Frühform von *Facebook* und dem Umstand auftut, dass sich digitales Ressentiment verstärkt gegen Frauen und – um beim Beispiel der geschlechterpolitischen Differenzierung zu bleiben – ebenso queere und trans Menschen richtet.

Da weder das eine noch das andere erfolgt, wird deutlich, wie stark Vogls Analyseperspektive Differenzdimensionen des Ressentiments ausklammert. Dass bestimmte, als »anders« markierte Menschen in besonderem Maße ressentimentalen Angriffen ausgesetzt sind, verweist darauf, dass die soziale Logik Differenzierungsprinzipien folgt. Vogls Genealogie der »ressentimentale[n] Vernunft« (ebd.: 168) vernachlässigt dieses Strukturmerkmal, bis auf eine Ausnahme: die antisemitische Affektstruktur des Ressentiments (ebd.: 168–171), die sich in der Figur »jüdischer Financiers« findet, sie fungiert im Falle »ökonomischer Systemabhängigkeit und Ohnmacht« als »Ersatzobjekt« und wird zur »Verkörperung abstrakter Vergeltungssucht im Ressentiment« (ebd.: 170).¹⁰ Angesichts aktueller Entwicklungen, wo Angriffe gegen Jüd:innen massiv zunehmen (vgl. Schwarz 2021) und sich antisemitisch angelegte Verschwörungserzählungen in *Telegram*-Gruppen, *4Chan*-Chats und offen bei *Twitter* oder *Facebook* verbreiten, erscheint es umso dringlicher, der konstitutiven Nähe von Ressentiment und Antisemitismus nachzugehen. Doch gerade die konkrete Gewalt, die in digitalen Foren geschürt wird und sich schließlich auf der Straße äußert, zeigt sich in ihrem explosiven Zusammenspiel zwischen antisemitischen, antifeministischen und rassistischen Ressentiments. So wendete sich 2019 der Attentäter in Halle, nachdem er vergeblich versucht hatte, die Synagoge zu stürmen, gegen eine Frau und einen Mann, den er offenbar als muslimisch wahrnahm (RND/epd 2020). Zudem hatte er sich in Onlinechatgruppen von sogenannten »Incels« radikalisiert, die sich dem Hass gegen Frauen verschrieben haben (Kaiser 2020: 19–25).

Um die sozialen, ökonomischen und politischen Auswirkungen des Ressentiments zu betrachten, muss man seine differentiellen Arbeitsweisen in den Blick nehmen. Das Ressentiment entspringt der Kluft zwischen versprochener Gleichheit und gelebter Ungleichheit. Dabei folgt es den Differenzlinien, die moderne westliche Gesellschaften durchziehen. Das Ressentiment arbeitet mit den »starken Differenzen« (Sarasin 2001: 205–207), die zu Beginn der europäischen Moderne entlang der Linien von klassistischen, rassistischen und vergeschlechtlichten Unterscheidungen den aufklärerischen Gleichheitsanspruch unterliefen. Die Minderheit der bürgerlichen, weißen Männer brachte biologistische Argumente in Anschlag, um die Mehrheit der Menschen von ihrer Gemeinschaft der »Gleichen unter Gleichen« auszuschließen, wodurch sie unterhalb der egalitären Prinzipien politische Ausschlüsse und strukturelle Ungleichheit

¹⁰ Im Zusammenhang mit Antisemitismus wird auch ein Bezug zwischen Kapital und Rassismus angedeutet, ohne jedoch ausbuchstabiert zu werden (Vogl 2021: 170).

rechtfertigten. Durch die Differenzzuschreibungen verwehrte man als ›anders‹ markierten Menschen die Anerkennung als vollwertige politische Subjekte. Diese starken Differenzen wirken im Ressentiment fort, denn ebenjene prekarierten Gruppen werden zu Zielscheiben der sündenbocklogischen Schuldzuweisungen, mit denen ressentimentale Rhetorik verfährt. Dergestalt lenkt sie von den strukturellen Ursachen von Ungleichheit ab.

Diese differentielle Logik des Ressentiments auszublenden, bedeutet von einer ungespaltenen Gesellschaft auszugehen, was wiederum eine fehlgeleitete Grundannahme für kritisch-theoretische Gesellschaftsanalyse darstellt. In Vogls Erzählung scheint es an vielen Stellen, als breche das Ressentiment von den Rändern in die gesellschaftliche Mitte hinein, da das Ressentiment als Ausdruck eines »strukturellen Populismus« (Vogl 2021: 174) aufgefasst wird. Dahingegen verdeutlichen die starken Differenzen, die der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft innewohnen, dass das Ressentiment eben nicht von deren Rändern hineinbricht, sondern aus ihr heraus entsteht. Das Ressentiment legt offen, dass die imaginierte gesellschaftliche Mitte der Gesellschaft in dieser Reinform als ungestaltete Einheit nie existiert hat. Seit ihren frühen Anfängen waren moderne Gesellschaften gespalten, also von Ungleichheit und Differenz durchzogen. Diese Spaltungen sind ihnen strukturell eingeschrieben aufgrund ihrer Wirtschaftsform, die auf kolonialer Ausbeutung und unbezahlter Sorgearbeit gründet. Die soziale Logik des Ressentiments speist sich aus den Verwertungsformen dieser differentiellen Ausbeutung und übersetzt sie in soziale Bewertungen, in all ihren sexistischen, rassistischen, klassistischen und ableistischen Spielweisen.

Dagegen ist die unmarkierte Erzählposition in Vogls Gegenwartsanalyse in der imaginären Gesellschaftsmitte angesiedelt, um von dort aus das Ressentiment ins Verhältnis zu Identitätspolitik zu setzen. Dadurch fällt seine Analyse auf eine liberale Ausgangsposition zurück, die dem eigenen Anspruch entgegenläuft, die »normative Ordnung des Liberalismus« (ebd.: 163) hintergründig zu kritisieren. Ausgehend von dieser imaginären Mitte erscheinen linke und rechte Identitätspolitik als gleichgelagerte Extremerscheinungen. Somit ist die Sozialanalyse hufeisenförmig angelegt. Vogl spricht von einem »strukturellen Populismus« (ebd.: 174), den er in radikaldemokratischen ebenso wie autoritären Ausdrucksformen erkennen will. Von diesen beiden populistischen Polen her wirkt es so, als würde das Ressentiment von den Rändern in die Gesellschaftsmitte einbrechen und diese mit sozialen Spaltungen durchziehen. An dieser Stelle tritt seine Studie mit sich selbst in Widerspruch, denn Vogl weist durchaus auf das Nahverhältnis von Finanzökonomie und rechten Politiken hin (ebd.: 170 ff.), ohne jedoch diese Verbindung konsequent und konsistent zu verfolgen. Zwar befassen sich seine Gegenwartsbeispiele schwerpunktmäßig mit einer spezifischen Spielart des Ressentiments, dem reaktionären Ressentiment (ebd.: 171 ff.), doch Vogl verwehrt sich dagegen, deren systematische Verbindung zu Ende zu denken. Stattdessen behauptet er, dass die Dynamiken des Ressentiments bei linken und rechten Bewegungen gleich ablaufen, unabhängig von »Doktrinen und Ideologien« (ebd.: 174), wie er schreibt:

»Diesseits aller Debatten über die politische Substanz von linken und rechten Populismen, über autoritäre oder radikaldemokratische, exklusive und inklusive Varianten, über kulturalistische,

ökonomische, formale oder inhaltliche Fassungen des Populismusbegriffs, lässt sich bei diesen Versprechen politischer Unmittelbarkeit eine Dimension ausmachen, die vielleicht den Titel eines strukturellen Populismus verdient. Dabei geht es weniger um Bezüge zu bestimmten Doktrinen oder Ideologien als um Machtpraktiken und die spezifische Sortierung eines politischen Kräftefelds.« (Ebd.)

Der Begriff des strukturellen Populismus wird hufeisenförmig angelegt, wie auch Reckwitz' Begriff der Neogemeinschaften, der darunter identitätspolitische Zusammenschlüsse und Communities fasst, die sich von der ›Mehrheitsgesellschaft‹ durch partikuläre Gruppenidentitäten abgrenzen (Reckwitz 2018: 403). Weder Vogl noch Reckwitz unterscheiden normativ, ob Identitätspolitiken auf Gleichheit oder Ungleichheit abzielen. Das ist ein Kritikpunkt, den man an anderer Stelle auch gegenüber radikalen Demokratietheorien machen könnte. Für eine kritisch-analytische Gesellschaftsanalyse ist es hingegen wegberreitend, Gleichheit als normative Rahmung für die Analyse bestehender Ungleichheit zu setzen. Sozialanalysen, die jegliche normative Annahmen im Verweis auf vermeintliche wissenschaftliche ›Wertneutralität‹ ablehnen, verkennen die Situiertheit von Wissen – und übersehen geflissentlich, dass die eigene Schreibperspektive einer bestimmen sozialen Positionierung geschuldet ist. Zudem beeinträchtigt eine ›Metaposition‹ die analytische Tiefenschärfe, denn gerade in der Untersuchung von Identitätspolitik ist Egalität als normatives Kriterium entscheidend. Die Vorgehensweise von Vogl – und ebenso Reckwitz – nivelliert die Differenzen zwischen linken und rechten Identitätspolitiken zugunsten einer analytischen Metaposition, da sich diese dagegen verschließen, strukturelle Unterschiede zwischen egalitären und antiegalitären Bewegungen zu sehen. Diese analytische Haltung rührt aus einer Erzählposition, die sich zwar als neutral ausgibt, aber zugleich von einer bürgerlichen Mitte ausgeht, in die das Ressentiment von links und rechts hereinbricht. In normativer Hinsicht entbehrt solch eine – als große Erzählung angelegte – Gesellschaftskritik ihrer egalitären Grundlage. Und in analytischer Hinsicht wird die grundverschiedene Ausrichtung von linken und rechten Identitätspolitiken unterschlagen. Dass sich diese durchaus in ihren Artikulationen und Ästhetiken unterscheiden, zeigt die augenscheinliche Nähe von reaktionärer Rhetorik und postfaktischen Politiken, beispielsweise im Hinblick auf die Klimakatastrophe, die von rechter Seite entweder geleugnet oder – das Phänomen völlig verkennend – als nationales Problem gerahmt wird, während auf linker Seite die Forderung nach Klimaschutz mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit verbunden wird.

Sicherlich ist es unerlässlich auf die digitale Fragmentierung des Öffentlichen hinzuweisen, wie es vor Vogl viele getan haben (vgl. Hendricks und Vestergaard 2017; Mühlhoff 2018; Mau 2018). Auch eine Analyse, die Ähnlichkeiten in den Artikulationsweisen von rechten und linken Identitätspolitiken untersucht, ist aufschlussreich. Ein Beispiel bietet Philipp Sarasins Studie *1977. Eine kurze Geschichte der Gegenwart* (2021). Ähnlich wie Vogl bezieht er sich auf Reckwitz' Analyse der Gesellschaft der Singularität (Sarasin 2021: 28 ff.). Sarasin arbeitet heraus, wie seit 1977 identitätspolitische Diskurse um die gleichen Episteme kreisen, die schließlich in neoliberalen Narrativen aufgehen – wie Identität und Differenz oder Individualität und Authentizität.

Doch bei aller artikulatorischen Ähnlichkeit werden auch deren strukturelle Unterschiede sichtbar, etwa in der Erzählung über die Bürgerrechtsaktivistin Fannie Lou Hamer und das Combahee River Collective (ebd.: 114–116 und 228–231). Obwohl das Verhältnis zwischen partikularer Identität und allgemeinem Gleichheitsanspruch spannungsreich ist, fordern linke Identitätspolitikern doch gemeinhin Gleichheit ein. Als egalitäre Identitätspolitikern widersetzen sie sich Differenzeinschreibungen und Ungleichheiten, wohingegen antiegalitäre Identitätspolitikern danach trachten, diese zu vertiefen. Solch eine differenzierte und differenzierende Analyse ist vonnöten, um die sozialen Einsatzstellen des Ressentiments zu erkennen; in kritisch-theoretischer Perspektive ist sie ebenso unerlässlich für eine Ökonomiekritik, welche die differentiellen Formen von Ausbeutung erfasst.

3.3 Differentielle Ausbeutung anstelle eines undifferenzierten ökonomischen Subjekts

Politische und epistemische Ausschlüsse, wie sie sich in den Affektökonomien des Ressentiments abspielen, sind nicht allein auf Ebene der Repräsentation angesiedelt. Sie sind tief in die Produktions- und Reproduktionsverhältnisse des Kapitals eingelassen. Wer wie stark ressentimentalen Affektangriffen ausgesetzt ist und wer am meisten ausgebeutet wird, diese Fragen verflochten sich und führen zu Tiefenstrukturen des Kapitals, die neben der *class line* auch von der *racialized* und *gendered line* bestimmt sind. In ihrer Buchbesprechung wirft Francesca Raimondi die berechtigte Frage auf, wieso Vogls Ansatz Reproduktionsverhältnisse vollends vernachlässigt. Sie verweist auf die »nicht- oder unterbezahlte, meist von Frauen verrichtete Haus- und Pflegearbeit, die in den Globalen Süden ausgelagerte brutale Fabrikarbeit oder die in Suburbs, Gefängnissen oder anderen Lagern internierte rassifizierte Arbeit« (Raimondi 2021: 26). Diese Ausbeutungsverhältnisse werden systematisch ausgeblendet, sie werden externalisiert (vgl. Lessenich 2016). Statt diese Verschleierungseffekte kapitalistischer Selbsterzählungen sichtbar zu machen, tauchen die Gruppen, die Raimondi anführt, »bei Vogl ebenso wenig auf wie im Selbstverständnis des Kapitalismus, der immer nur den homo oeconomicus sieht« (Raimondi 2021: 26). Einzig als *Uber*-Fahrer:innen finden sie Erwähnung, ohne jedoch die systematisch prekarierten Bedingungen dieser meisthin migrantischen Arbeit zu benennen.

So übersieht Vogl die materiellen Differenzierungen, die digitale Plattformökonomien bedingen und bestimmen. Wie er eine einstmals ungespaltene Gesellschaftsmitte anzunehmen scheint, geht er von einem undifferenzierten, universellen ökonomischen Subjekt aus. Seine Vorgehensweise verschleiert, wie sehr die Kernmechanismen des Kapitals auf Differenzeinschreibungen aufbauen. Dafür bietet sich eine Analyseperspektive auf differentielle Ausbeutung (Govrin 2022: 90 und 114 f.) an, die sich an feministischer Ökonomiekritik anlehnt. Luci Cavallero und Verónica Gago äußern solch eine Kritik in der Auseinandersetzung mit Schuldenökonomien und Austeritätsdisziplin. Sie führen an, dass wirtschaftliche Prozesse nicht allein auf der Abstraktionsebene der Finanzwirtschaft betrachtet werden sollten, sondern auch untersucht werden muss, wie

sich Ökonomie konkret auf Körper auswirkt (Cavallero und Gago 2021: 2 ff.). Erst durch die Rückbindung an die materiellen Manifestationen von Wirtschaftsprozessen werden diese in ihren Auswirkungen greifbar. Daran anschließend wenden sie sich neoliberaler Austerität zu. Hierbei beziehen sie sich auf Maurizio Lazzarato, der ein universelles Schuldnersubjekt ausmacht (Lazzarato 2012: 21). Demgegenüber argumentieren die beiden Autorinnen, dass sich Austerität unterschiedlich auf Körper auswirkt, und zwar entlang eines »differential of exploitation« (Cavallero und Gago 2021: 3). Demnach sind Frauen von der Privatisierung und Finanzialisierung staatlicher Versorgungsstrukturen stärker betroffen, weil sie zusätzlich die Sorgearbeit stemmen müssen (vgl. Federici 2019: 18 f.). Diese Kritik an der Konzeption eines undifferenzierten ökonomischen Subjekts lässt sich leichthin auf Vogls Studien übertragen, in Abgrenzung zum Unterfangen kritisch-theoretischer Ökonomiekritik.

In ihrer Schlagrichtung verkennt Vogls Studie, die symptomatisch für eine ganze Sparte der Ökonomiekritik steht, wie das Kapital in ganz grundlegender Weise über differentielle Ausbeutung verfährt: anhand von epistemischen, politischen und materiellen Ausgrenzungen. Dagegen bietet das Analysekonzept der differentiellen Ausbeutung eine sozialphilosophische Bottom-Up-Perspektive auf Ökonomie. Statt von einem einheitlichen ökonomischen Subjekt auszugehen, bildet es den methodischen Einsatzpunkt für Ökonomiekritik von unten. Differentielle Ausbeutung arbeitet mit Differenzeinschreibungen und vertieft soziale Unterschiede. So werden bestimmte Menschen, die ohnehin strukturell benachteiligt sind, meist mehr ausgebeutet. Das betrifft, um eine große Gruppe als Beispiel anzuführen, alle Frauen, die aufgrund des Gender-Pay-Gaps weniger verdienen als ihre Kollegen. Das betrifft auch andere Arbeits- und Ausbeutungsformen, etwa migrantische Arbeit ohne rechtliche Absicherung. Menschen, deren Körper durch klassistische, durch kolonial- und geschlechtergeschichtliche Differenzeinschreibungen ungleich gemacht werden, werden stärker ausgebeutet als andere, wodurch sich die Ungleichheiten fortschreiben. Seit Anbeginn der Aufklärung bis hinein in die Gegenwart der digitalen Gesellschaft höhlt die differentielle Ausbeutung das Gleichheitsversprechen aus.

Auch Plattformökonomien arbeiten mit Formen der differentiellen Ausbeutung; man denke allein an die Menschen, die als *Gorilla*-Lieferant:innen, *Uber*-Fahrer:innen oder digitale Reinigungskräfte arbeiten – als sogenannte *Cleaner*, die Gewaltbilder aus *Facebook* herausfiltern, bei niedriger Bezahlung und hoher Belastung, allesamt prekäre Arbeiten, die meist migrantische Arbeit ist oder in den Globalen Süden ausgelagert wird. Statt diese konkret verkörperten Konsequenzen der Plattformökonomien systematisch mitzudenken, werden sie in den großen Erzählungen des Kapitals, für die Vogls Buch ein Beispiel unter vielen ist, ausgeblendet. Dadurch werden die internationale und die vergeschlechtliche Arbeitsteilung auf Nebenschauplätze abgedrängt. Derartige Ansätze schreiben eine alte Tradition der Ökonomiekritik fort, die ein universelles Subjekt setzt, ohne die differenzierenden Kernmechanismen des Kapitals konstitutiv einzubeziehen. Indessen sind die Einsichten, dass das Kapital auf den beiden Arbeitsteilungen und ihren Formen der differentiellen Ausbeutung aufbaut, keineswegs neu. Die unbezahlte Reproduktionsarbeit ermöglicht erst die Ausbeutung von Arbeitskraft, wie

neben vielen anderen feministischen Autor:innen Silvia Federici (2012) aufzeigt. Und die kolonialen Plantagenökonomien lassen sich nicht als kapitalismusgeschichtliches Vorstadium verstehen, vielmehr bilden ihre Nekropolitiken einen Kernmechanismus kapitalistischer Ausbeutung, worauf Achille Mbembe (2019) hinweist. Die neokolonialen Konfigurationen, die sich in der internationalen Arbeitsteilung fortsetzen, und die vergeschlechtliche Arbeitsteilung, die durch neoliberale Privatisierungs- und Finanzialisierungsbewegungen vertieft wird, stellen keine Nebenerzählungen des Kapitals dar, vielmehr bilden sie dessen Schlüsselemente. Kritische Analysen zu der Frage, wie Differenzeinschreibungen und materielle Ausbeutung miteinander einhergehen, sind also nicht neu – auch wenn manche, unter ihnen Nancy Fraser, dies als neuentdeckte Perspektive präsentieren.¹¹

Materielle Ungleichheiten gehen mit epistemischer Ungerechtigkeit einher. Es ist nicht zufällig, wer zur Zielscheibe von Ressentiment in den digitalen Arenen wird: die feminisierten, rassifizierten, die queeren und prekären Körper. Vogls Analyse sperrt sich dagegen, solche epistemischen Ausschlüsse auf der Grundlage differentieller Ausbeutung mitzudenken. Indem seine als Großerzählung des Kapitals angelegte Studie diese Differenzdimensionen von Ausbeutungsstrukturen systematisch übersieht, verkennt ihr Autor, wie sehr die bürgerliche Formation des Kapitals auf geschichtlich sedimentierten Spaltungen beruht. Eben deshalb gerät die Sozialanalyse der »ressentimentale[n] Vernunft« (Vogl 2021: 168) in Schiefelage. Schließlich sind weder die Adressat:innen der ressentimentalen Rhetorik einheitlich. Die Rede vom einheitlichen ökonomischen Subjekt verdeckt die differentiellen Verfahren von Ausbeutung. In ähnlicher Weise verdeckt die Annahme, das Ressentiment breche von den äußeren Rändern herein und spalte die Gesellschaftsmitte, die differenzierenden Adressierungen der ressentimentalen Rhetorik. Es gab niemals eine ungespaltene Gesellschaft, ganz im Gegenteil, die Geschichte moderner Vergesellschaftung erzählt von einer Gesellschaft, die immer schon gespalten war und die in grundlegender Weise auf tiefen Rissen und starken Differenzen aufbaut. Gerade deswegen sollte Ökonomiekritik bei der differentiellen Logik von Ausbeutung ansetzen.

3.4 Literatur

Adorno, Theodor W. 2012 [1951]: *Minima Moralia*. Reflexionen aus dem beschädigten Leben. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Adorno, Theodor W. 2018 [1949]: *Studien zum autoritären Charakter*. Übers. von Milli Weinbrenner. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Cavallero, Luci und Verónica Gago 2021 [2020]: *A Feminist Reading of Debt*. Übers. von Liz Mason-Deese. London: Pluto Press.

¹¹ Ein Beispiel bietet ein Interview, das Nils Markwardt mit Nancy Fraser geführt hat: www.zeit.de/kultur/2022-05/nancy-fraser-kapitalismus-feminismus-rassismus.

- Fanon, Frantz 1985 [1952]: Schwarze Haut, weiße Masken. Übers. von Eva Moldenhauer. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Federici, Silvia 2012: Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. Übers. von Max Henninger. Münster: Edition Assemblage.
- Federici, Silvia 2019: Re-enchanting the world. Feminism and the Politics of the Commons. Oakland: PM Press.
- Govrin, Jule 2022: Politische Körper. Von Sorge und Solidarität. Berlin: Matthes & Seitz.
- Hendricks, Vincent F. und Mads Vestergaard 2017: Verlorene Wirklichkeit? An der Schwelle zur postfaktischen Demokratie, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 24. März. <www.bpb.de/apuz/245212/verlorene-wirklichkeit-an-der-schwelle-zur-postfaktischen-demokratie?p=all>.
- Horten, Barbara und Marleen Gräber 2021: »Hatespeech« – Der Hass im Netz, in: Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie 15(1), 91–94.
- Kaiser, Susanne 2020: Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobil machen. Berlin: Suhrkamp.
- Lazzarato, Maurizio 2012 [2011]: Die Fabrik des verschuldeten Menschen: Essay über das neoliberale Leben. Übers. von Stephan Geene. Berlin: b-books.
- Lessenich, Stephan 2016: Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. München: Hanser Berlin.
- Mbembe, Achille 2019: Kritik der Schwarzen Vernunft. Berlin: Suhrkamp.
- Mühlhoff, Rainer 2018: Affekte der Wahrheit. Über autoritäre Sensitivitäten von der Aufklärung bis zu 4Chan, Trump und der Alt-Right, in: Behemoth 11(2), 74–95.
- Mau, Steffen 2018: Das metrische Wir. Über die Quantifizierung des Sozialen. Berlin: Suhrkamp.
- Mishra, Pankaj 2017: Das Zeitalter des Zorns. Eine Geschichte der Gegenwart. Übers. von Laura Su Bischoff und Michael Bischoff. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Nietzsche, Friedrich 1968 [1886–1887]: Zur Genealogie der Moral. Eine Streitschrift, in: ders.: Kritische Gesamtausgabe. Band 2, Abteilung 6. Hg. von Giorgio Colli undazzino Montinari. Berlin: de Gruyter, 259–430.
- Nietzsche, Friedrich 1969 [1888–1889]: Ecce Homo, in: ders.: Kritische Gesamtausgabe. Band 3, Abteilung 6. Hg. von Giorgio Colli undazzino Montinari. Berlin: de Gruyter, 253–372.
- Plan International Deutschland e. V. (2020): Welt-Mädchenbericht 2020 von Plan International: Digitale Gewalt vertreibt Mädchen und junge Frauen aus den sozialen Medien. Auch deutsche Nutzerinnen sind Zielscheibe von Hass und Bedrohung, in: Presseportal, 5. Oktober. <www.presseportal.de/pm/18591/4724730>.

- Pistor, Katharina 2021: Der Code des Kapitals. Wie das Recht Reichtum und Ungleichheit schafft. Berlin: Suhrkamp.
- Raimondi, Francesca 2021: Gespenstischer Materialismus. Eine Vorbesprechung zu Joseph Vogl: Kapital und Ressentiment, in: Behemoth 14(1), 22–29.
- Reckwitz, Andreas 2018: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- RND/epd 2020: Halle-Prozess: So schildern Zeugen das Attentat im Döner-Imbiss, in: RedaktionsNetzwerkDeutschland, 9. September. <www.rnd.de/politik/halle-prozess-so-lief-das-attentat-im-doner-imbiss-ab-zeugen-berichten-7YF2WH26KNHBWXO7REJAXKIBQQ.html>.
- Sarasin, Philipp 2001: Reizbare Maschinen. Eine Geschichte des Körpers 1765–1914. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Sarasin, Philipp 2021: 1977. Eine kurze Geschichte der Gegenwart. Berlin: Suhrkamp.
- Schwarz, Karolin 2020: Antisemitismus, die extreme Rechte und rechter Terror im Netz, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 30. April. <www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/308528/antisemitismus-die-extreme-rechte-und-rechter-terror-im-netz>.
- Sponholz, Liriam 2021: Hass mit Likes: Hate Speech als Kommunikationsform in den Social Media, in: Sebastian Wachs, Barbara Koch-Priewe und Andreas Zick (Hg.): Hate Speech – Multidisziplinäre Analysen und Handlungsoptionen. Theoretische und empirische Annäherungen an ein interdisziplinäres Phänomen. Wiesbaden: Springer, 15–37.
- Vogl, Joseph 2015: Der Souveränitätseffekt. Zürich: Diaphanes.
- Vogl, Joseph 2021: Kapital und Ressentiment. Eine kurze Theorie der Gegenwart. München: C.H.Beck.